Das Jüdische Echo

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag. — Bezugspreis: Jährlich: RM. 8.—, halbjährlich: RM. 4.—, vierteljährlich: RM. 2.—. Einzelnummer 20 Rpf. / Verlag, Auslieferung des „Jüdischen Echos": München, Plinganserstraße Nr. 64.

I N H A L T :

Anzeigen: Die viergespaltene Millimeter-Zeile 30 Rpf. / Familien-Anzeigen Ermäßigung / Anzeigen-Annahme: Verlag des Jüdischen Echos, München, Plinganserstraße 64 / Telephon 73664/65 Postscheck-Konto: München 3987

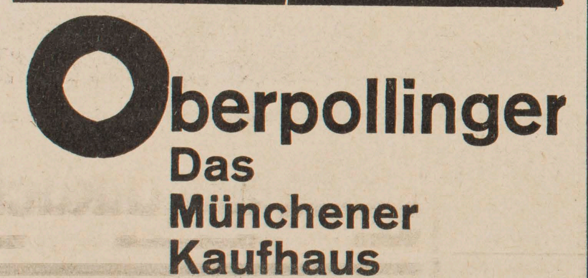
Nr. 13/14 **München, 31. März 1931** **18. Jahrgang**

1931 Wochenkalender 5691

	März	Nissan	Bemerkungen
Sonntag	29	11	
Montag	30	12	
Dienstag	31	13	בדיקת חמץ
	April		
Mittwoch	1	14	ערב פסח עירוב תבשילין
Donnerst.	2	15	Passahfest פסח 1
Freitag	3	16	Passahfest פסח 2 Omer 1
Samstag	4	17	שבת חול המועד Omer 2

SCHAJA führend in **Photo- Kino - Projektion**
München, Ecke Maximilian-Kanalstr.
Zweiggeschäfte: Ecke Bayer-Goethestr. (Haus der Landwirte)
Ecke Amalien-Schellingstraße

DAMPFWÄSCHEREI VIER JAHRESZEITEN
Marstallstraße 4 Telephon 23072
Feinbügelei / Gardinenbügelei / Pfundwäsche
Sorgfältigste Behandlung / Prompte Zustellung



Neuhauser Straße 44 • am Karlstor
Bekleidung / Mode / Sport
Wohnungsausstattung

Erste Wiener Wäscherei Laar
Leonrodstraße 69 / Jahnstraße 4
Tel. 61674 Tel. 28180 (Wohnung)
Senefelderstraße 10 / Hirtenstraße 22

Café-Conditorei Pinakothek
Inhaber: F. Schiffmann, Bad Reichenhall
Ecke Barer-Theresienstraße
Abends Künstler-Konzert

EWER-BUCHHANDLUNG
für allgemeine u. jüdische Literatur
Ottostraße 2 / München / Telefon 52407

Soeben erschien die Fortsetzung des
„FALL MAURIZIUS"
ETZEL ANDERGAST
von
Jakob Wassermann
ca. 700 Seiten, in Leinen 10.50

Sie finden diese und noch viele andere Neuerscheinungen in unserer
MODERNEN LEIHBIBLIOTHEK
Verlangen Sie unsere Lesebedingungen und unsere Liste der billigen Bücher

F. Geib
Münchner Neuwäscherei
Landwehrstr. 55 T. 55685
Spezialität:
HERRENWÄSCHE

GASTSTÄTTEN
Bayerische Reitschule
Zitter-Hauser.
Säle für Festlichkeiten.
München, Königinstraße 34
Telefon 36204

Gartenanlagen, Tennisplätze u. Pflege
auch auswärts / Pläne frei
Sammler, Enhuberstraße 3a
Telefon 22738
Prima Referenzen

Gute Kunden
werben Sie
durch ein Inserat
im „Jüdischen Echo!"

Café-Restaurant Fahrig
Inhaber Hans Keckeisen Telefon Nr. 90776
Erstklassige Küche, gepflegte Weine und Biere
Die deutsche Kapelle Erich Olschewski
spielt nachmittags und abends

Konditorei Kaffee Hag
Residenzstr. 26 Inh.: Hans Hufnagel Tel. 26587
Gemütliche Räume
ff. Gebäck aus eigener Konditorei
Eigenfabrikation ff. Pralinen
Eisspeisen
Lieferung frei Haus. Geöffnet bis nachts 12 Uhr

Das Jüdische Echo

Nummer 13/14 | 31. März 1931 | 18. Jahrgang

Freiheit
oder
Hundert Friedhofschändungen

München, 26. März 1931.

In dem badischen Städtchen Schriesheim an der Bergstraße bei Heidelberg wurden vor wenigen Tagen zwei Kindergrabsteine auf dem jüdischen Friedhof umgeworfen und mit Kot beschmutzt. Die Gendarmerie hat zwei Täter festgestellt. — Mitglieder der Nationalsozialistischen Partei. Es ist die hundertste Friedhofschändung, die sich in der Nachkriegszeit in Deutschland ereignet.

In Königsberg in Ostpreußen wurde am 17. März abends 10 Uhr, der jüdische Handlungsgehilfe Arthur Knopf überfallen und durch Stiche in die Herzgegend, ausgeführt mit einer Nagelfeile, lebensgefährlich verletzt. Knopf liegt bewußtlos im Krankenhaus, an seinem Aufkommen wird gezweifelt. Die Täter: zwei siebzehnjährige Gymnasiasten, Spirgat und Randelstedt, gehören dem nationalsozialistischen Jugendbund an, sie geben zu aus Antisemitismus gehandelt zu haben.

In Duisburg kam es am 17. März nach nationalsozialistischen Versammlungen zu Ausschreitungen antisemitischen Charakters. Jugendliche Nationalsozialisten zogen in geschlossenen Trupps vor das jüdische Vereinshaus und bombardierten es mit Steinen. Eine Anzahl von Fensterscheiben wurde zertrümmert. Ehe das zu Hilfe gerufene Überfallkommando erschien, waren die Täter entkommen.

In Groß-Bielefeld hat auf Antrag der Nationalsozialisten das neugewählte Stadtparlament beschlossen, das Schächten auf dem städtischen Schlachthof zu verbieten. Für den Antrag, der von dem nationalsozialistischen Stadtrat Höcker begründet wurde, stimmten die Vertreter sämtlicher Parteien.

Das sind einige wenige Tatsachen aus der letzten Woche, die Judenverfolgung betreffend.

* * *

Das Preußische Oberverwaltungsgericht hat in einer Steuersache entschieden (siehe: Aus der jüdischen Welt), daß Rabbiner nicht Geistliche und nicht Kirchendiener sind. Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts sind inappellabel; durch die vorliegende ist eine dauernde rechtliche Benachteiligung der jüdischen Gemeinden endgültig herbeigeführt.

In einer Verhandlung vor dem erweiterten Bezirksschöffengericht für Rheinhessen in Mainz waren 17 Mitglieder des Reichsbanners und 12 Nationalsozialisten wegen Zusammenrottung und Landfriedensbruch angeklagt. (Siehe den Bericht an anderer Stelle.) Die Nationalsozialisten hatten eine Nacht das Haus des jüdischen Kaufmanns Frank belagert, der die Reichsbannerleute zu seinem Schutz bei sich aufgenommen hatte, da er fortgesetzt belästigt und bedroht worden war. Amtlicher Schutz war ihm versagt worden. Das Gericht verurteilte vier Reichsbannerleute, darunter Frank, und zwei Nationalsozialisten den einen wegen Sachbeschädigung zu 100 RM., den anderen wegen Waffentragens zu 10 RM. Geldstrafe.

Das sind zwei Urteile deutscher Gerichte aus der letzten Woche, die Judenverfolgung betreffend.

* * *

In der Reichstagssitzung vom 18. März stellte der sozialdemokratische Abgeordnete Biedermann fest, daß im Reichspostbetrieb die Agitation der Hakenkreuzler unter Duldung und Förderung seitens der mittleren und höheren Aufsichtsbeamten in skandalöser Weise betrieben wird. Auffallend viele Posthelfer sind unter jenen Leuten, die auf den Straßen friedliche Bürger niederschlagen, auf sie einstechen und schießen. Einer dieser Burchen hat sich geäußert: „Was kann mir schon passieren, ich kann höchstens an ein anderes Postamt versetzt werden!“ Republikanische Beamte, die sich gegen die Hakenkreuzlerei wehren, werden boykottiert. Ein Amtsvorsteher tritt morgens mit dem Ruf „Heil Hitler!“ ins Amt. In der Nationalsozialistischen Fraktion des Reichstags sind drei Oberposträte. In diesem Zusammenhang wurde weiter darauf hingewiesen, daß eine Aufsichtsbeamtin des Berliner Telephondienstes von einer Benachrichtigung des Überfallkommandos, das zum Schutz gegen Nationalsozialisten herbeigrufen wurde, sofort Herrn Dr. Josef Goebbels Kenntnis gab. Es wurde weiter festgestellt, daß Postbeamte wegen nationalsozialistischer Betätigung strafversetzt worden waren — in Stellen, um die sie sich lange vorher beworben hatten.

Das ist ein Blick in die deutsche Verwaltung aus der letzten Woche, die Judenverfolgung betreffend.

* * *

Die „Organisationsabteilung“ der Nationalsozialistischen Partei, geleitet von Herrn Dr. Josef Goebbels, gibt „Führer- und Schulungsbriefe“ für die Funktionäre der Partei heraus. In der Nummer vom 15. März findet sich der folgende Satz: „Die naturgegebene Feindschaft des Bauern gegen den Juden, seine Feindschaft gegen den Freimaurer als Judenknecht muß bis zur Raserei aufgestachelt werden.“

Der Dresdener nationalsozialistische „Freiheitskampf“ hat den Mordversuch, den der Polizeiwachtmeister Pohl, an dem übrigens schon als Kind getauften Regierungsrat jüdischer Abkunft, Lassally mit kaltblütiger Überlegung verübt hat, nicht nur entschuldigt, sondern gutgeheißen. Die-

ses Blatt wurde vom Dresdener Polizeipräsidenten auf 4 Wochen verboten.

Das ist ein Blick in die völkische Presse der letzten Woche, die Judenverfolgung betreffend.

* * *

Man muß deutlich aussprechen, was ist. In Deutschland herrscht, soweit jüdische Angelegenheiten in Betracht kommen, vollständige Barbarei oder wenn sie nicht herrscht, wird sie geduldet. Es ereignen sich Vorfälle von grauenerregender Schändlichkeit und Bestialität, wie sie in wirklich kultivierten Staaten, wo die Kultur eine allgemeine ist, undenkbar wären, in großer Anzahl — sie werden hingenommen und erregen nicht einmal Beachtung. Nicht einmal ein Achselzucken hat man mehr dafür übrig. Friedhof - Leichenschändung, auch das sagt nichts mehr; geschehen sie doch fast allwöchentlich. Selbst große Tageszeitungen und nicht nur rechtsgerichtete nehmen nicht mehr von ihnen Notiz als von irgendeinem Diebstahl; oft berichten sie nicht einmal mehr die Tatsachen. Mordversuche und Mordtaten an Juden — warum sich darüber aufregen; es werden auch andere Menschen umgebracht. Unbeirrbares Gefühl für Recht und Ordnung existiert in Deutschland nicht mehr. Die höchsten deutschen Gerichte haben das ihrige dazu beigetragen die Begriffe zu verwirren, das Reichsgericht voran in den mannigfachen jüdischen Beleidigungssachen, wie berichtet, auch das Preußische Oberverwaltungsgericht. Die unteren Gerichte haben in vielen jüdischen Angelegenheiten äußerste Nachsicht gegen antisemitische Rechtsbrecher geübt, so sehr, daß man fast berechtigt ist, von einer Willkürjustiz zu reden.

In vielen Verwaltungen — doch da ist es schon immer so gewesen — blüht der Judenhaß und der Nationalsozialismus ist liebstes Hätschelkind. Gleichberechtigung der Juden — ein unbekannter Begriff.

Und die deutsche Öffentlichkeit? Sie geht aus Prinzip über alle Fälle zur Tagesordnung über. Man hat Wichtigeres zu tun, als auf das Gezeter der aufgeregten Juden zu achten — wenn man ihnen nicht geradezu alles Ungemach gönnt und wünscht. Verfall der deutschen Kultur — das sagen die Juden. In der Schächtfrage hat sich am deutlichsten gezeigt, daß keine Partei in Deutschland grundsätzliche Widerstände dagegen empfindet, ab und zu das Kesseltreiben gegen die Juden auch einmal mitzumachen.

* * *

Man muß deutlich aussprechen, was ist. Nicht nur das ist Recht was in den Gesetzen steht; es gibt auch ungesatztes Recht. Nach dem in Deutschland heute geltenden ungesatzten Recht, nach dem, was weite Volksschichten als Recht empfinden und was zweifellos das Gesetzesrecht mehr und mehr überwindet, ist der Jude vogelfrei. Einen Juden niederzuschießen, erhält beinahe den Rang einer guten, lobenswerten Tat. Dem ungesatzten Recht wird früher oder später auch das Recht des Gesetzes folgen. Auslegungskünste verdrehen heute schon, wenn Juden betroffen sind, klare Bestimmungen zu deren Ungunsten in ihr Gegenteil. Wenn einmal die Studenten, die heute Recht studieren und nach dem numerus clausus schreien, dringlicher und lauter wie junge Vögel nach ihrem Futter, wenn diese Studenten von heute morgen die Pflege der Gesetze in Händen haben, wenn diese Generation in die gesetzgebenden Körperschaften eingerückt sein wird, dann werden auch gesetzliche Ausnahmebestimmungen nicht lange auf sich warten lassen. Sind heute schon die Juden gezwungen vom Lande in die Stadt zu ziehen (wäre es eine große Übertreibung zu sagen: fliehen?), weil sich auf dem Lande nicht mehr leben läßt, so droht aus der Ferne das Gespenst des jüdischen Ansiedlungsrayons — in Deutschland.

* * *

Man muß deutlich aussprechen, was ist. Unfrei sind wir Juden in Deutschland; unterdrückt, gemeiner, raffinierter, als je von einem ägyptischen Pharao. Ist es nicht wie beim römischen Karneval, nur grausamer, nur scheußlicher und nur alle Tage des Jahres? Das deutsche Volk bildet Spalier und die Juden absolvieren, unter Peitschenhieben, Knüffen und Püffen und allgemeiner Belustigung ihren blutigen Korso. Uns Lebende will man nicht leben, nicht arbeiten lassen; unsere Toten läßt man nicht ruhen; die Ungetauften zwingt man zu Mimikry und die Getauften — erschießt man auch.

Wir essen ein bitteres Brot der Knechtschaft, froh noch, wenn wir es uns nur verschaffen können.

* * *

Man muß deutlich aussprechen, was ist. Wir deutschen Juden können an diesen Zuständen nichts ändern. Ist es eine vorübergehende Krankheit, die den deutschen Volkskörper befallen hat oder eine andauernde, wird wieder einmal die Zeit kommen, in der auch unsere Lebensrechte in Deutschland anerkannt werden, oder macht der Niedergang deutscher Kultur immer weitere Fortschritte — man kann es nicht sagen. Wir werden lange das Brot der Knechtschaft essen müssen. Und wir müssen alle unsere Kräfte anstrengen, um zu verhüten, daß der äußeren Unfreiheit die innere entspricht — die innere, die selbst nicht in Zeiten der äußeren Freiheit überwunden war. Es würde nicht schwer fallen, Tatsachen anzuführen, die beweisen, daß die innere Gefahr nicht klein ist, nicht wesentlich kleiner als die äußere. Aber unsere innere Freiheit können wir uns bewahren und sie herbeiführen, wo sie verloren ist. Das ist eine Sache unseres Willens und unserer Festigkeit. Ob wir es wollen, das ist die Frage, die das Pessachfest an uns richtet. Täglich essen wir wiederum das Brot der Knechtschaft, nicht nur am Pessach. — Werden wir uns seelisch frei erhalten?

I. E.

Die jüdische Tragödie in Dolgesheim vor Gericht

Mainz, 17. März. (JTA.) Nach mehrtägiger Verhandlung sprach heute das erweiterte Bezirksschöffengericht für Rheinhessen das Urteil gegen 29 Einwohner von Dolgesheim, und zwar gegen 17 Reichsbannerleute und Mitglieder des RTurnvereins und gegen 12 Nationalsozialisten, die in die Angelegenheit der Mißhandlung und Terrorisierung des jüdischen Kaufmanns und Reichsbannermanns Frank durch Nationalsozialisten verwickelt waren. Wie erinnerlich, mußte die Familie Frank, nachdem ihr Haus eine ganze Nacht durch Nationalsozialisten belagert war, von Dolgesheim nach Worms flüchten, wo sie jetzt lebt.

Den Vorsitz in der Verhandlung führt Landgerichtsrat Hausmann. Der Verteidiger der Hakenkreuzler, Jung, lehnte das Gericht in seiner gegenwärtigen Besetzung als befangen ab, da nur

„Deutsche über Deutsche“ richten dürften. Das Gericht bezeichnete den Antrag als gegenstandslos, weil keiner der amtierenden Richter Jude sei. Der Anklage liegt folgender Vorgang zugrunde:

Nach Gründung einer Ortsgruppe der Nationalsozialisten war es mit dem dörflichen Frieden in Dolgesheim vorbei. Der Haß der Nationalsozialisten richtete sich besonders gegen die Familie eines Kaufmanns Frank, der den fortgesetzten Hetzereien und Belästigungen schließlich dadurch entgehen wollte, daß er nach Worms zog. Vorher nahm er, da ihm amtlicher Schutz für sein Haus versagt wurde, obwohl er von einem geplanten Streich der Nationalsozialisten gegen ihn gehört hatte, 20—25 Reichsbannerleute zur Wache bei sich ab und zu auf. Am 9. August nach Mitternacht hörte man vor dem Hause Lärm; Franks Sohn und einige Leute gingen auf die Straße, und hier kam es zu einem Zusammenstoß mit ihnen unbekannten Leuten, die, wie sich herausstellte, von einer nationalsozialistischen Versammlung aus Gau-Odernheim kamen. Für kurze Zeit trat Ruhe ein, dann aber rückte eine Horde Nationalsozialisten, die eigens geweckt und alarmiert worden waren, unter Führung des Angeklagten Seemann und des Knechts von Seggern an, der die Fensterläden im Hause einschlug. Die Haltung der Leute wurde so drohend, daß die Familie Frank sich auf den Speicher flüchten mußte. Die ganze Nacht über wurde das Gehöft belagert, wie die angeklagten Nationalsozialisten aussagten, um zu verhindern, daß die Reichsbannerleute flüchteten. Die Parterreräume im Hause wurden schwer beschädigt; es sollen nach Zeugenaussagen auch Schüsse gefallen sein, und erst das am Morgen alarmierte Mainzer Überfallkommando konnte die Menge zerstreuen. Die Anklage wirft nun sowohl den Reichsbannerleuten wie den Nationalsozialisten Zusammenrottung und Landfriedensbruch, außerdem Vergehen gegen das Schußwaffengesetz vor. Sechzig Zeugen sind geladen.

Die Frau des angeklagten Nationalsozialisten Friedrich verweigerte auf die Frage, ob sie mitgehetzt und gesagt habe, bei Frank wären 30 000 Mark Wertpapiere zu holen, die Aussage, sie wurde wegen Verdachts der Mittäterschaft nicht vereidigt. In zahlreiche Widersprüche verwickelten sich die Zeugen, die über den angeblichen Überfall der Reichsbannerleute an jenem Abend aussagen sollten. Bürgermeister Best wußte über Frank nur Gutes zu berichten. Der Angeklagte Frank selbst erklärte auf die Vorhaltung des Richters, daß von ihm aus nichts geschehen sei, um eine tägliche Auseinandersetzung herbeizuführen. Ein Zeuge, Nationalsozialist, bekundete, bei dem Überfall auf die Nationalsozialisten, die aus Gau-Odernheim zurückkehrten, seien die Angreifer nicht aus Franks Haus gekommen, wohl aber dorthin geflüchtet.

In später Abendstunde wurde dann heute das Urteil gefällt. Von den angeklagten Reichsbannerleuten wurden vier verurteilt, und zwar einer wegen schwerer Körperverletzung zu einem Monat Gefängnis, zwei, darunter der Angeklagte Frank aus Worms, wegen Körperverletzung zu je 100 RM. Geldstrafe und einer zu 25 RM. Geldstrafe. Von den angeklagten Nationalsozialisten wurde der Knecht von Seggern wegen Sachbeschädigung zu 100 RM. Geldstrafe und ein anderer Angeklagter zu 10 RM. Geldstrafe wegen Waffentragens verurteilt. Die übrigen 23 Angeklagten wurden freigesprochen. Der Staatsanwalt ließ die Anklage wegen Landfriedensbruch fallen.

Tagung des Preußenverbandes

Sonntag, den 22. März, trat der neugewählte Verbandstag des Preußischen Landesverbandes jüdischer Gemeinden zu seiner ersten Tagung zusammen. Diese Tagung leitet die zweite Wahlperiode des Landesverbandes ein. Die Abgeordneten aus Berlin und der preußischen Provinz sind fast vollzählig erschienen. Vor 1 Uhr mittags erteilte Herr Dr. Zielenziger, der als Alterspräsident fungierte, Herrn Rabbiner Dr. Hermann Vogelstein-Breslau das Wort zu einer einleitenden Weiherede. Hierauf wird das Präsidium des Verbandstages durch Zuruf gewählt. Vorsitzender ist Rechtsanwalt Heinrich Stern (liberal), Vizepräsidenten R.-A. Max Kollenscher (Volkspartei) und Direktor Marx-Königsberg (konservativ). Der Vorsitzende hielt, während sich die Versammelten von den Sitzen erhoben, den seit dem letzten Verbandstage verstorbenen Mitgliedern des Verbandstages und des Rates, Kommerzienrat Gerson Simon, Hugo Ostberg und Eugen Caspary, einen tiefempfundenen Nachruf.

Kammergerichtsrat Leo Wolff, Präsident des Rates des Preußischen Landesverbandes, erstattet nun den Tätigkeitsbericht des Rates. Dabei kommt er auf den wachsenden Antisemitismus in Deutschland zu sprechen. Der Antisemitismus, so sagt Redner, hat einen ungeheuren Umfang und unerträgliche Formen angenommen. Von dieser Stelle aus wollen wir unserer Entrüstung gegenüber allen Angriffen auf Juden und Schmähungen des Judentums Ausdruck geben und alle Erniedrigungen aufs schärfste zurückweisen.

Der Redner gibt dann Erläuterungen zu dem gedruckt vorliegenden Tätigkeitsbericht und erklärt, daß nach besten Kräften reiche Arbeit geleistet worden ist. Dem Landesverband wird Verständnis nicht nur bei den jüdischen Gemeinden, sondern auch bei den Behörden entgegengebracht. Leider aber hat dieses behördliche Verständnis in der Angelegenheit des Judengesetzes versagt. Der Kultusminister hat die Erledigung für Ende 1930 zugesagt, aber sie ist bis heute noch nicht erfolgt. Der Rat wird die Sache mit der allergrößten Energie verfolgen; wenn es nicht anders gehen wird, werden wir versuchen, im Landtag selbst unser Wort hören zu lassen.

Im einzelnen ist über die abgelaufene Periode zu berichten:

Die Reichsarbeitsgemeinschaft der jüdischen Landesverbände des Deutschen Reiches hat infolge Fehlens einer Reichsorganisation ihre Arbeiten fortgesetzt. Von der vom Verbandstage gewünschten Einberufung einer Wirtschaftskonferenz hat der Rat bis jetzt abgesehen. Ein Ausschuß aus Vertretern des Landesverbandes, dem auch Mitglieder der Zentralwohlfahrtsstelle, der Hauptstelle für jüdische Wanderfürsorge und der Jüdischen Arbeitsnachweise angehören, hat seine Arbeiten aufgenommen. Die vorgeschlagene Gründung von Bezirksdarlehenskassen haben die in Betracht kommenden Gemeinden und Provinzialverbände abgelehnt. Dieser Umstand ist sehr bedauerlich und gibt zu der Frage Anlaß, ob auf Seiten der Gemeinden überhaupt der Wille besteht, der Wirtschaftsnot in ihren eigenen Reihen zu steuern. In der Kalenderreformfrage hat der Rat gemeinsam mit der Reichsarbeitsgemeinschaft einen Ausschuß eingesetzt, der durch Verhandlungen mit den zuständigen Stellen das Ziel verfolgen soll, eine Reform

des Kalenders zu verhindern, die die Erhaltung des Sabbats bedroht. Ferner wurden Vertreter des Landesverbandes (zugleich als Vertreter der Reichsarbeitsgemeinschaft) in einen Ausschuß entsandt, der die Abwehr drohender und bereits erlassener Schächtverbote zum Zweck hat.

Der Vizepräsident des Rates, Rechtsanwalt Dr. Alfred Klee erstattet den Bericht über den Rechnungsabschluß für 1929/30, der mit einer Ausgaben- und Einnahmeziffer von 1156708.26 RM. abschließt, ferner über den Voranschlag für das Rechnungsjahr 1931/32.

Dr. Klee erläuterte nun die einzelnen Posten des Rechnungsabschlusses für 1929/30. Von 800000 RM., die als Pflichtbeiträge der Gemeinden veranschlagt worden waren, sind im ganzen 500 000 RM. eingegangen, auf über 300 000 RM. also sind die Rückstände der Gemeinden angewachsen. Der Landesverband mußte seinen Bankkredit über Gebühr anspannen, um seinen Pflichten gegenüber den Witwen von Lehrern und Rabbinern, den Flüchtlingsrabbinern usw. nachkommen zu können. Im neuen Etatjahre werden wir zu anderen Methoden greifen müssen, um die säumigen Gemeinden an ihre Pflicht zu erinnern.

Der Redner erörterte sodann die einzelnen Posten des Etatsvoranschlags für 1931/32. Betreffs der Staatsbeihilfen für den Religionsunterricht ist der Landesverband nur Durchgangsstation, der Posten ist darum im Etat nicht berücksichtigt. Beim Kapitel Subventionen wurden viele Abstriche gemacht. Nur die Beihilfen für besonders leistungsschwache Gemeinden wurden im Hinblick auf die Notwendigkeit der Erhaltung von Kleingemeinden bedeutend erhöht. Die Ausgaben für die theologischen Bildungsanstalten in Berlin und Breslau wurden nach Möglichkeit beibehalten, die Anstalten für jüdische Wissenschaft dürfen nicht verkümmern. Aber man müsse in Betracht ziehen, daß die Frequenz der Rabbinerseminare eine so hohe ist (allein die Hochschule in Berlin zählt 120 Hörer), daß nur ein Bruchteil der Absolventen in Deutschland und im Ausland — wo in Deutschland ausgebildete Rabbiner in hohem Ansehen stehen — Rabbinerstellen werden finden können. Man wird daran gehen müssen, das Stipendienwesen zu revidieren. Bei Erörterung der Kapitel „Jugendpflege“ und „Sportbewegung“ bat der Referent, Großherzigkeit walten zu lassen und keine Streichungen vorzunehmen, da es um ein hohes Gut, um die Zukunft des Judentums, geht. Beim Kapitel Wohlfahrtspflege wies der Redner darauf hin, daß heute rund 3000 deutsch-jüdische Menschen, nicht etwa Ausländer, kein ständiges Heim haben und auf der Wanderung sind.

Der Etat für 1931/32, schloß der Redner, der mit der gegen das Vorjahr verringerten Ziffer von 1 074 000 RM. eingesetzt ist, ist im wahren Sinne des Wortes ein Notetat.

Die Generaldebatte

wurde von R.-A. Ehrlich-Königsberg (liberal) eingeleitet, der beklagte, daß einzelne Großgemeinden die Umlagen für den Landesverband für das Jahr 1929 noch nicht erlegt haben. Direktor Georg Kareski (Volksp.) erklärte, es sei leider nicht viel davon zu merken gewesen, daß die Verbandsleitung — wie dies Kammergerichtsrat Wolff ausgeführt habe — als Schützerin bedrohter jüdischer Rechte aufgetreten sei. Insbesondere wäre es Aufgabe des Landesverbandes gewesen, gegen die Verletzung jüdischer Grundinteressen durch eine Reihe von Reichsgerichtsurteilen zu protestieren. Von der vom Kammergerichtsrat Wolff geforderten Tendenz zur Einigkeit und Gesamtverantwortlichkeit ist in der liberalen Presse nichts zu merken gewesen. Der Streit: „Volksgemeinde“ oder „Religionsgemeinde“ muß endlich aufhören. Es liegen auch von liberaler Seite Anträge vor, die nicht in den Rahmen einer bloßen „Religionsgemeinde“ hineinpassen. Die heutige politische und wirtschaftliche Not ist kein vorübergehender Zustand, deshalb ist nicht ein Notetat zu beschließen, sondern eine Rationalisierung des gesamten jüdischen Lebens auf die Dauer anzustreben. Es ist fraglich, ob eine so arme Gemeinschaft wie wir sich den Luxus dreier Hochschulen und dreier Lehrerseminare erlauben darf. Auch das jüdische Vereinswesen muß rationalisiert und die Überorganisation, ebenso überflüssige Pressegründungen, bekämpft werden. Dagegen ist eine Kürzung der Subvention für die Sportbewegung abzulehnen. Die Erfassung der Jugend durch die jüdische Volksbewegung bietet die Gewähr dafür, daß es auch in hundert Jahren ein deutsches Judentum geben wird.

Namens der Konservativen stellte Dr. Horovitz-Frankfurt a. M. fest, daß der Landesverband es bisher nicht vermocht habe, Popularität zu erlangen. Die Tätigkeit der jüdischen Kehillah werde durch den Aufgabenkreis einer bloßen „Religionsgemeinde“ nicht erschöpft, sei aber auch nicht die einer Volksgemeinde. Das Judentum verdanke seine Erhaltung der Verwirklichung des jüdischen Gesetzes im Leben. Die Errichtung jüdischer Schulen zur Vermittlung jüdischer und allgemeiner Bildung müsse mit Rücksicht darauf, daß das Bildungsnieveau der jüdischen Bevölkerung auf dem Lande und in den Kleinstädten stark gesunken sei, gefördert werden. Der antireligiösen Kampagne der Kummunisten müsse eine religiöse Propaganda entgegengestellt werden.

Dr. Ismar Freund (Überparteil. Vereinigung) befaßte sich u. a. mit den Schächtverboten und den Parteikonstellationen, die in verschiedenen Städten zu solchen Verboten geführt haben. Mit dem Wohlwollen der Behörden können nicht gerechnet werden. Der Paritätsgedanke werde nur dort in Anwendung gebracht, wo er sich gegen die jüdischen Interessen auswirke. So sei es bezeichnend, daß nur für 68 von 900 Gemeinderabbinern staatliche Beihilfen geleistet werden. Es gebe nur den Weg der Selbsthilfe durch Ausbau der organisatorischen Einrichtungen des Judentums.

Während der nunmehr folgenden Rede des San.-Rat Dr. Peyser (nationaldeutscher Jude), der gegen die Forderung der Volkspartei nach „Umwandlung der Religionsgemeinde in eine Volksgemeinde“ polemisierte, kam es zu stürmischen Auftritten. Der Redner hatte erklärt, die Anhänger der Volkspartei seien ihrem eigenen Bekenntnis nach nicht Deutsche in dem Sinne wie die Anhänger seiner Richtung, was von den Vertretern der Volkspartei als Vorwurf mangelnder staatsbürgerlicher Gesinnung aufgefaßt wurde. Der Redner wurde durch zahlreiche Zwischenrufe unterbrochen, in denen auf verschiedene Vorkommnisse während des letzten Wahlkampfes in der jüdischen Gemeinde angespielt wurde.

Dr. Bruno Weil (liberal) führte aus, die Verschlechterung der öffentlichen Meinung gegenüber dem Judentum habe nicht nur in dem Ausgang der Reichstagswahlen, sondern auch in der Recht-

sprechung ihren Ausdruck gefunden. Wirtschaftlich sei das deutsche Judentum um 60—80 Jahre zurückgeworfen worden. Angesichts dieser Notlage erscheine ein Abbau des Verwaltungsapparates des Landesverbandes dringend erforderlich.

Dr. Nahum Goldmann (Volksp.) erklärte im Gegensatz zu Dr. Peyser, eine Auffassung von deutschem Volksbewußtsein, die es einem deutschen Juden unmöglich mache, sich frei zu seinem jüdischen Wesen zu bekennen, verstoße nicht nur gegen die jüdischen, sondern auch gegen die besten deutschen Traditionen. Wenn der Verband auf die Abwehrarbeit verzichte, schließe er sich selbst von seiner natürlichen Zentralaufgabe aus. Eine solche Erscheinung wäre in einem anderen Lande, etwa in England, Frankreich oder Amerika, undenkbar. Dort sehen die Repräsentanten der jüdischen Gemeindeverbände ihre Aufgabe sogar darin, die Interessen der ausländischen Juden wahrzunehmen. Wenn der Central-Verein nicht existierte, würden wahrscheinlich auch die Liberalen nicht zögern, dem Verband die jüdische Interessenvertretung auch nach außen anzuvertrauen. Der Central-Verein repräsentiere nicht das gesamte Judentum Deutschlands und gefährde die Gleichberechtigung, weil er nicht für die unbedingte Gleichberechtigung, sondern für eine Gleichberechtigung à condition eintrete.

Rabbiner Dr. Hoffmann, Frankfurt a. M., forderte, der Rat solle seine Tätigkeit darauf konzentrieren, eine Beschleunigung der Erledigung des Judengesetzes zu erreichen. In der Frage der Vertretung nach außen stehe er durchaus auf dem Standpunkt der Volkspartei.

Dr. Foeder, Breslau (Religiöse Mittelpartei), erklärt, eine Resolution gegen den Antisemitismus, die vom Verbandstag nicht einstimmig angenommen würde, würde dem Judentum mehr schaden als gar keine Resolution. Redner übt entschiedene Kritik an den Methoden des Central-Vereins und an der Haltung der Jüdisch-liberalen Zeitung, ist aber der Ansicht, daß der Central-Verein die Abwehrarbeit besser leisten könne als der bürokratische Apparat des Landesverbandes.

Justizrat Dr. Brodnitz (liberal) wehrte die Angriffe, die gegen den Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens erhoben wurden, ab und erklärte, der Landesverband könne sich auf Grund seines Status nur mit der Wahrung religiöser Interessen befassen. Wenn auch der Central-Verein nur Juden bestimmter Anschauung einschließe, so vertrete er doch die Interessen der Gesamtjudenheit.

Kurt Blumenfeld (Volksp.) stellte demgegenüber fest, daß der § 3 des Status die Zusammenfassung der Synagogengemeinden zur Wahrung aller ihrer Interessen vorsehe. Jene deutschen Juden, die sich nicht zur Anschauung des Central-Vereins bekennen, müssen es ablehnen, ihre Interessen von ihm vertreten zu lassen. Redner weist darauf hin, daß der Central-Verein sich aus blinder Ablehnung des Nationaljudentums seltsame Inkonsequenzen zuschulden kommen lasse, z. B. in der Beurteilung der Minoritätenfrage in Polen. Es fehlt den Führern der Liberalen der Blick für die allgemeinen Zusammenhänge. Der Antisemitismus macht keine Unterschiede zwischen Juden dieser oder jener Gesinnung. Die Haltung des Central-Vereins ist anachronistisch. In einer so bedrohlichen Zeit sollten alle Juden zusammenstehen und nicht mit kleinlichsten Mißverständnissen gegeneinander kämpfen.

Damit war die allgemeine Aussprache beendet.

Zu den von der liberalen Fraktion eingebrachten Anträgen über die

Einbürgerungs- und Staatenlosenfrage

führte R.-A. Dr. Klee (Volksp.) aus, daß sich die Einbürgerungspraxis gegenüber der des Ancien Regime, unter dem die Einbürgerung auch bei Erfüllung der Voraussetzung zwanzigjähriger ununterbrochener Ansässigkeit auf Schwierigkeiten stieß, wesentlich gebessert habe. Der Redner hob die dankenswerte Praxis des preußischen Innenministeriums unter Leitung des Ministers Severing und Grzesinski hervor und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Widerstände gegen die Einbürgerungspraxis, wie sie insbesondere von Thüringen geleistet werden, überwunden werden würden. An der Verzögerung der Erledigung der Einbürgerungsgesuche seien in der Regel nicht die preußischen Staatsbehörden, sondern die früheren Heimatsgemeinden der Einzubürgernden schuld.

Ein von Alfred Berger begründeter Antrag der Volkspartei, die Mitgliederzahl des Wohlfahrtsausschusses von neun auf zwölf zu erhöhen, wurde abgelehnt.

Die Montags-Sitzung

Kareski gibt eine Erklärung der Fraktion der Jüdischen Volkspartei ab und fordert mit Rücksicht auf die durch die gestrigen Beratungen im Haushaltsausschuß geschaffene neue Situation, die Wiedereröffnung der Generaldebatte.

R.-A. Breslauer (liberal) spricht gegen den Antrag Kareski. Der Antrag wird mit den Stimmen der Liberalen gegen Volkspartei, Konservative, Mittelpartei und Überpartei angenommen.

Die Wirtschafts-Debatte

wird sodann im Namen des Rats von Alfred Klee eingeleitet, er schlägt u. a. die Einberufung einer Wirtschaftskonferenz vor. Justizrat Peiser, Breslau (liberal), erkennt die Notwendigkeit einer ernsthaften Mitarbeit des Landesverbandes an einer Aktion zur Stützung der unterhöhlten jüdischen Wirtschaftskraft an. Die Genossenschaftsbewegung sei ein geeigneter Weg. Der Landesverband müßte seine Mittel in höherem Maße für diese Zwecke zur Verfügung stellen. Der Redner erörtert verschiedene Einzelmaßnahmen und beantragt die Einsetzung eines Sonderausschusses.

Alfred Berger (Volksp.) stellt fest, daß sich Gedankengänge über das besondere Wirtschaftsproblem des deutschen Judentums, die noch vor kurzem als „zionistische Illusionen" abgelehnt wurden, bei allen Gruppen durchgesetzt haben. Unter allgemeiner Aufmerksamkeit des Hauses behandelt Berger die einzelnen Momente, die die gegenwärtige Wirtschaftskrise der Juden charakterisieren. Es handelt sich nicht um eine kurze ungünstige Konjunktur, sondern um tiefgreifende Veränderungen im Wirtschaftsleben, die die Juden in Deutschland wie anderswo treffen und uns das gemeinsame jüdische Schicksal auch im Wirtschaftlichen zeigen. Wir können wesentliche Hilfe leisten. Besser als Wohlfahrt ist Arbeitsvermittlung. (Beifall.)

Vom Landesverband erwarten wir die Errichtung von Darlehenskassen, insbesondere Provinzialkassen, organisatorische Beihilfe zur Gründung von Kreditgenossenschaften, Gründung von Arbeitsnachweisen, Berufsberatung, politischen Schutz bedrohter Positionen, Stärkung des jüdischen Solidaritätsbewußtseins durch Erziehung in jüdischen Schulen.

Oberrabbiner Altmann, Trier (kons.), spricht von der Bedeutung der Stärkung des jüdischen Bewußtseins und der gegenseitigen Hilfe.

Prof. Julius Hirsch (als Sachverständiger): Stärker als andere Gruppen sind die Juden in die Wirtschaftsschwankungen eingestellt. Es gibt eine allgemeine Wirtschaftskrise, die in diesem Ausmaße noch nie erlebt wurde, die bei der internationalen Marktverflechtung die Aufmerksamkeit der Juden verlangt, eine besondere deutsche, die eine Kapitalkrise ist und in der durch die Stärkung des deutschen Kapitalmarkts, z. B. durch den Rückfluß von Auslandskapitalien, und eine spezielle jüdische Wirtschaftsnot in Deutschland. Hirsch weist darauf hin, daß es andererseits auch neue Chancen innerhalb der Wirtschaft gibt, auf die man das jüdische Element hinweisen muß. Man solle die Bedeutung der Darlehenskassen nicht überschätzen, und die Umschichtung in die Landwirtschaft sei nicht von wesentlicher Bedeutung. Er begrüßt die Anregung einer jüdischen Wirtschaftstagung, an der sich allerdings die hervorragenden jüdischen Wirtschaftsführer beteiligen müßten.

Rudel bedauert, daß bis heute keine Forschungsstelle für Wirtschaftsfragen vorhanden ist, bezweifelt aber, ob die von Prof. Hirsch vorgeschlagene Aussprache sinnvoll sein wird, da die Kenner der Wirtschaft von jüdischen Dingen sehr wenig wissen. Im Kampf gegen die Erwerbslosigkeit ist der jüdische Arbeitsnachweis die wirkungsvollste Waffe, er erschließt zusätzliche Arbeitsmöglichkeiten. Man sollte dies von jüdischer Seite nicht erschweren. In der jüdischen Berufsberatung soll man sich vor Dilettantismus hüten, wie er sich in der Propaganda für handwerkliche, insbesondere landwirtschaftliche Berufe äußert.

Berlin, 24. März. (JTA.) Als letzte Redner in der Aussprache über die Wirtschaftnot der deutschen Juden ergriffen der Direktor des Central-Vereins, Dr. Ludwig Holländer (liberal), und der Vorsitzende der Zionistischen Vereinigung für Deutschland, Kurt Blumenfeld (Volksp.), das Wort.

Nachdem Frau Paula Ollendorf einen Antrag auf Fürsorgemaßnahmen für die durch die Erwerbslosigkeit gefährdete weibliche Jugend begründet hatte, referierte Justizrat Franken (liberal) über die Vorlage „Beamtenrecht". Dr. Victor (Volksp.) beantragte Rückverweisung dieser Vorlage, sowie der Mustersatzung für Klein- und Mittelgemeinden an die Rechtskommission des Rates.

Der Vorsitzende des Haushaltausschusses, Dr. Charig (liberal) berichtete über einzelne vom Haushaltausschuß beschlossene Abänderungen der Etatvorlage, beantragte den Rechnungsabschluß zu genehmigen und dem Rat Entlastung zu erteilen und teilte mit, der Haushaltausschuß habe beschlossen, daß künftighin eine Prüfung des Rechnungsabschlusses durch den Revisor der Jüdischen Gemeinde Berlin vorgenommen werden soll.

Das Haus trat nunmehr in die zweite Lesung des Etats ein. Für Beihilfen an Gemeinden sind 441 000 RM., für Beihilfen an Beamte 122 400 RM. und für Bezirksrabbinate 35 000 RM. vorgesehen. Die für das Rabbinerseminar Berlin ursprünglich vorgesehene Subvention von 27 500 RM. wurde nach den Vorschlägen der Haushaltkommission auf 25 000 RM. herabgesetzt, die ursprünglich für die Hochschule für die Wissenschaft des Judentums vorgesehene Subvention von 25 000 RM. auf 27 500 RM. erhöht, der für das Jüdisch-theologische Seminar Breslau eingesetzte Beitrag von 30 000 auf 27 500 RM. ermäßigt. Zu diesem Punkte sprachen u. a. Dr. Horovitz, Frankfurt a. M. (kons.), der sich für eine Erhöhung der Subventionen an die Hochschulen einsetzte, R.-A. Seligsohn (liberal), der eine gleiche Subvention der drei Hochschulen vorschlug, sich aber gegen eine Erhöhung der vorgesehenen Beträge aussprach, ferner Prof. Elbogen, Rabbiner Rosenthal, Köln (kons.), und Foerder (Rel. Mittelp.). Für die Ausbildung von Lehrern und Kantoren waren ursprünglich 84 500 RM. eingestellt, von denen 80 000 RM. für die Vorbereitungsanstalten und die Präparandie an den Simultananstalten bestimmt waren. Der Haushaltausschuß hatte eine Ermäßigung dieses Betrages auf 70 000 RM. beantragt. Hiervon sollen 35 000 RM. für liberale und 35 000 RM. für konservative Anstalten verwendet werden. Prof. Elbogen sprach sich für die Gewährung des Zuschusses in der ursprünglichen Höhe von 80 000 RM. aus. Unter Titel 6, „Wissenschaft des Judentums", waren 19 500 RM. eingesetzt, unter Punkt 6 dieses Titels der Betrag von 3000 RM. für ein Gedenkbuch des R.j.F. vorgesehen.

Die bis auf den Zwischenfall bei der Rede des Sanitätsrats Peyser friedlich und harmonisch verlaufene Tagung wurde bei der Beratung der Ziffer für das R.j.F.-Buch durch eine sehr scharfe Szene unterbrochen, die aber bald durch die Anstrengung der Führer aller Fraktionen beigelegt werden konnte.

Die Ziffer „Sportbewegung" war vom Haushaltausschuß mit 6000 RM. in der vorjährigen Höhe wieder eingestellt worden. Der Rat hat diese Position auf 3000 RM. ermäßigt und den freigewordenen Betrag von 3000 RM. als neue Position „Beihilfe zur Herausgabe des Gedenkbuches des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten" eingestellt.

Direktor Kareski (Volksp.) wandte sich sehr scharf gegen die Halbierung der Ziffer „Sportbewegung" und meinte, daß hier wiederum ein „Fraktionszwang" obwaltet hat. Unter dem Widerspruch der Liberalen wandte er sich gegen die Form der Propaganda für das R.j.F.-Gedenkbuch und meinte, es entspräche nicht der jüdischen Würde, durch die 12 000 oder mehr Kriegsopfer die Staatstreue erst beweisen und daraus die Gleichberechtigung ableiten zu wollen. Vor allem wandte er sich gegen die Publikation des R.j.F., daß „12 000 Tote" bereits gesichert seien.

R.-A. Dr. Elkeles, der Mitglied des Vorstandes des R.j.F. ist, führte aus, der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten sei vollkommen unparteiisch und zähle Personen aller Richtungen zu seinen Mitgliedern. Die Herausgabe des Gedenkbuches sei beschlossen worden, nachdem reaktionäre und antisemitische Kreise behauptet hätten, es seien höchstens 4400 Juden im Kriege gefallen. Das Gedenkbuch soll — schon heute ist festzustellen, daß die jüdische Gefallenenziffer 12 000 übersteigt — antisemitische Verleumdungen abwehren. Als dann der Redner, sich gegen Kareski wendend, die Bemerkung machte, man möge nicht Deutschtum mit nationalsozialistischer Richtung identifizieren, erhob sich auf den Bänken der Volkspartei schärfster Widerspruch, mehrere Abgeordnete stürmten zur Tribüne und forderten, daß der Redner seine Worte in aller Form zurücknehmen solle. Als dann ein Antrag Dr. Wertheims auf Schluß der Debatte mit den Stimmen der Liberalen angenommen wurde, verließen die Abgeordneten der Volkspartei demonstrativ den Saal. Hans Goslar (Volksp.) und Horovitz (kons.) appellierten an die Mehrheit, diese De-

batte nicht so unschön ausklingen zu lassen, um so mehr als es feststeht, daß die beiden letzten Redner einander mißverstanden und von einem Teil des Hauses mißverstanden worden sind. Nachdem auch Dr. Seligsohn (liberal) den Antrag auf Wiederaufnahme der Debatte gestellt hatte, wurde dieser Antrag angenommen. Die Volksparteifraktion kehrte in den Saal zurück.

Hans Goslar führte aus, Kareski habe nichts gesagt, was das Andenken der Gefallenen auch nur im geringsten angreifen würde. Als Anhänger von Herzls Wort „Aus armen Judenjungen sollen stolze junge Juden werden!" sei er durch die Verkennung der Bedeutung des Sports erregt gewesen, und seine Äußerung sei darum mißverstanden worden. Er wollte sagen, wir seien erstens gegen die Ideologie, daß man durch die Höhe der Gefallenen-Opfer die Treue erweisen müsse — dies haben wir nicht nötig —, zweitens gegen jene schon in der Schule gezüchtete Ideologie, daß nur derjenige ein Held ist, der auf dem Schlachtfelde sein Leben läßt. Für uns ist jeder ein Held, der irgendwie auf dem Felde der Ehre, z. B. auf dem Felde der Wissenschaft, sein Leben opfert. Auch die Vorkämpfer für die Friedensidee sind Helden.

Seligsohn (liberal) dankt Goslar für den versöhnlichen Ton. Keiner denkt daran, daß es nötig wäre, durch eine Gefallenenziffer — so hoch sie auch sein möge — die Vaterlandstreue zu beweisen. Aber das R.j.F.-Buch habe auch statistischen und historischen Wert, und wenn es zur Entgiftung des öffentlichen Lebens beiträgt, liegt dies im deutschheimatlichen Interesse.

Horovitz (kons.) nannte das Gedenkbuch des R.j.F. eine Art „chesed schel emes" für die jüdischen Kriegsopfer.

Schließlich wurden die 3000 RM. für das R.j.F.-Buch mit übergroßer Mehrheit angenommen, auch die Mehrheit der volksparteilichen Fraktion stimmte für die Ziffer.

Nach Erledigung dieses Zwischenfalles setzte das Haus die Lesung des Etats fort. Für gemeinnützige Anstalten und Einrichtungen ist ein Betrag von 26 500 RM. vorgesehen. Davon sind für Jugendpflege 14 000 RM. bestimmt. Von diesem Betrag sollen 11 000 RM. den allgemeinen Zwecken des Reichsausschusses der jüdischen Jugend und 3000 RM. der Jugendpflege in den Kleingemeinden gewidmet werden. Der vom Hauptausschuß ursprünglich vorgesehene Beitrag für die Sportbewegung war vom Rat von 6000 auf 3000 RM. herabgesetzt worden. Ein Antrag der Volkspartei, diese Subvention in der ursprünglich vorgesehenen Höhe zu gewähren, wurde mit 41 gegen 40 Stimmen abgelehnt. Für die Erhaltung von Kunstdenkmälern sind in dem Etat 1000 RM. eingesetzt. Der Beitrag für allgemeine Wohlfahrtspflege wurde vom Haushaltausschuß von 95 000 auf 105 000 RM. erhöht. Für Verwaltung sind 103 000 RM. eingesetzt. Hier wurde der Wunsch geäußert, der Rat möge die Verwaltung ernsthat überprüfen, Überschreitungen dieses Budgetpostens unbedingt vermeiden und womöglich noch Einsparungen erzielen. Für Vorbereitungsarbeiten für den Reichsverband wurden 1000 RM., für Unvorhergesehenes 15 600 RM. veranschlagt. Die Gesamthöhe des Rechnungsplans für das Jahr 1931/32 beträgt 1 074 000 RM. Es wurde beschlossen, die Subventionen an Organisationen bis Ende Februar 1932 nur bis zur Höhe von 80 Prozent auszuzahlen.

Auf der Einnahmenseite des Haushaltplans sind die Staatsbeihilfen mit 330 000 RM., die Beiträge der Mitgliedsgemeinden mit 740 000 RM., unter dem Titel Rückzahlung von Darlehen 3000 RM. und unter Verschiedenes 1000 RM. eingesetzt.

Amtsgerichtsrat Lilienthal referierte über Wohlfahrtspflege, Victor über Verwaltung und Dr. Ismar Freund über Staatsbeihilfen.

Damit war die Etatberatung abgeschlossen und der Gesamtetat wurde einstimmig angenommen.

Mehrere in der Wirtschaftdebatte von der Volkspartei und den Liberalen gestellte Anträge wurden dem vom Rat zu wählenden ständigen Ausschuß überwiesen.

Gleichzeitig mit der Lesung des Etats wurde die Wahl der nach Art. 21, Abs. 1, Nr. 3, noch zu wählenden Ratsmitglieder und ihrer Vertreter vorgenommen. Es wurden insgesamt 114 Stimmen abgegeben, von denen auf die Liste der Religiösen Mittelpartei und der Konservativen 14, auf die liberale Liste 64 und auf die Liste der Volkspartei und der überparteilichen Vereinigung 36 Stimmen entfielen. Nach dem Proportionalverfahren wurden der liberalen Liste 3 Mandate, der Liste der Volkspartei 1 Mandat zugesprochen. Es erscheinen somit, da der liberale Listenführer Rabbiner Dr. Hermann Vogelstein, Breslau, in seiner Eigenschaft als Rabbiner in den Rat entsandt wurde, die Liberalen R.-A. Dr. Margarete Behrendt, Berlin, Wilhelm Grätz, Berlin, Dr. Georg Goldstein, Wiesbaden, Louis Wolff, Berlin, und der Listenführer der volksparteilich-überparteilichen Liste, Dr. Ismar Freund, gewählt.

Ferner waren nach Art. 21, Abs. 1, Nr. 2, der Verfassung sechs Rabbiner und zwei Lehrer und ihre Vertreter von dem Verbandstag in den Rat gewählt. Da für diese Wahl das Proportionalsystem nicht vorgesehen war, und die interfraktionellen Besprechungen zu keiner Einigung geführt hatten, kam es vor der Vornahme des Wahlaktes zu einer lebhaften Auseinandersetzung zwischen den Vertretern der verschiedenen Parteien. Namens der Volkspartei forderte R.-A. Kollenscher die Anwendung des Proportionalsystems auch bei dieser Wahl und beanspruchte für die Volkspartei das Recht, zwei Rabbiner und einen Lehrer zu nominieren. Dr. Horovitz (kons.) bedauerte das Scheitern der zwischenparteilichen Verhandlungen und erklärte, die „Kulturträger" seien bisher nicht als Vertreter der Parteien, sondern als Repräsentanten der Hochschulen und des Rabbinerverbandes in den Rat entsandt worden. Nachdem noch Breslauer (liberal) und Kurt Blumenfeld (Volksp.) gesprochen hatten, wurde mitgeteilt, daß im letzten Augenblick ein gemeinsamer Wahlvorschlag zustandegekommen sei. Auf Grund dieses Vorschlages wurden folgende Herren in den Rat gewählt: Die Rabbiner Horovitz, Frankfurt, Hoffmann, Frankfurt, Emil Levy, Berlin, Baeck, Berlin, Seligmann, Frankfurt, und Vogelstein, Breslau, ferner die Lehrer J. D. Levy und Reinhadt. Als Vertreter im Rat wurden gewählt: Die Rabbiner Hoffmann, Breslau, Blum, Emden, Freund, Hannover, Rosenthal, Köln, Warschauer, Berlin, Seminardirektor Rabin, Breslau, Dr. Weyl, Berlin, Dr. Blumenthal, Berlin, Dr. Wilde, Magdeburg, Lewkowitz, Breslau, und die Lehrer Abraham, Berlin, und Braun, Köln.

Beschlüsse

Der Verbandstag nahm einstimmig die folgende von Justizrat Brodnitz (liberal), Kurt Blumenfeld (Volksp.) und Dr. Horovitz (Kons.) eingebrachte Resolution an:

„Der Preußische Landesverband jüdischer Gemeinden erklärt:

Die maßlose Hetze gegen Juden und Judentum, die in steigendem Maße die öffentliche

Leben vergiftet, das Leben der Juden und die Ehre des Judentums in unerträglicher Weise bedroht, bereits vielfach Menschenleben vernichtet hat, und nicht einmal vor den Grabmälern auf jüdischen Friedhöfen Halt macht, erweckt in weiten Kreisen des deutschen Volkes den Eindruck, daß der Jude recht- und schutzlos und kein Vollbürger sei. Es handelt sich nicht mehr um politische, mit geistigen Waffen ausgefochtene Kämpfe, sondern um eine von Tag zu Tag zunehmende Verwilderung der politischen Sitten in Deutschland, die in allen Ländern der Welt aufmerksam beobachtet wird und das Ansehen Deutschlands sichtlich schädigt.

Der Preußische Landesverband jüdischer Gemeinden glaubt, auf die Zustimmung weiter Kreise des deutschen Volkes rechnen zu können, wenn er zum Kampf gegen diese Barbarei aufruft.

Er macht die Reichs- und Staatsbehörden auf diese wachsende Gefahr aufmerksam und fordert sie auf, wirksame Maßnahmen zum Schutze der jüdischen Bevölkerung zu ergreifen.

Der Landesverband erwartet von allen Juden eine stolze und aufrechte Verteidigung ihrer Ehre und ihrer Rechte.“

Gegen die Stimmen der volksparteilichen Fraktion wurde dann noch die folgende von der liberalen Fraktion eingebrachte Resolution angenommen, nachdem sich Kurt Blumenfeld gegen und Justizrat Bronitz für dieselbe eingesetzt hatten:

„Der Preußische Landesverband jüdischer Gemeinden dankt den zur Bekämpfung des Antisemitismus berufenen Organisationen für ihre tatkräftige Arbeit und fordert sie und alle Freunde des Vaterlandes auf, alle moralischen und materiellen Kräfte aufzubieten, um den verbrecherischen Anschlägen auf Ehre, Freiheit, Leben und Bürgerrechte zu begegnen.“

Schlußbestimmungen, Schlußreden.

Der Verbandstag nahm einstimmig die folgenden von der liberalen Fraktion eingebrachten Anträge an:

Der Verbandstag bittet dafür Sorge zu tragen, daß der Einbürgerung von Personen, die mit der deutschen Kultur durch Jahrzehnte langes Einleben verwurzelt sind, nicht etwa aus Gründen der Judenfeindlichkeit Schwierigkeiten gemacht werden.

Der Landesverband möge beim Auswärtigen Amt dahin vorstellig werden, daß das Deutsche Reich im Völkerbund auf eine internationale Regelung des Rechtes der Staatenlosen im Sinne der Beseitigung der teilweisen furchtbaren Rechtlosigkeit der Staatenlosen nachdrücklich vorstellig wird.

Es folgten die Wahlen in die liberalen und die konservativen Kultusausschüsse und Unterrichtsausschüsse, wobei einige misrachistische Mitglieder der Volkspartei in den konservativen und zwei zionistische Mitglieder in den liberalen Unterrichtsausschuß mitgewählt wurden.

Die von den Liberalen unterbreitete Vorlage betreffend Schaffung eines Reichsverbandes der deutschen Juden wurde nebst den Ergänzungs- bzw. Abänderungsanträgen der Volkspartei und der Konservativen als Material dem zu bildenden Sonderausschuß zur Fertigstellung des Entwurfes überwiesen. Diesem Ausschuß sollen vier Liberale, zwei Volksparteiler und ein Konservativer angehören.

Dr. Ismar Freund referierte über die Punkte Normalstatut und Beamtenordnung. Die betreffenden von Dr. Breslauer unterstützten Anträge wurden angenommen.

Nach verschiedenen Schlußworten wurde der Verbandstag geschlossen.

Weizmann in Palästina

J e r u s a l e m, 23. März. (JTA.) Der Präsident der Zionistischen Organisation und der Jewish Agency, Dr. Chaim Weizmann, ist am 15. März morgens in Jerusalem eingetroffen. Am Dienstag, 17. März besuchte er sechs Kolonien im Emek Jezreel. Nach Nahallal, wo Weizmann mit seiner Reisegesellschaft zuerst eintraf, hatten alle jüdischen Niederlassungen im Emek Delegationen entsandt. Die Vertreter der Arbeiterschaft brachten dem zionistischen Führer lebhafte Ovationen dar und erklärten einhellig, es sei undenkbar, daß er sich von der Bewegung zurückziehen sollte. Sichtlich gerührt erwiderte Weizmann, er habe den stärksten Ansporn, die Arbeit fortzusetzen, von dem tiefen Eindruck empfangen, den ihm die Aufbauarbeit im Emek Jezreel und das große Werk Baron Rothschilds vermittelt haben. Zu gewissen Zeiten habe er sich verlassen gefühlt. insbesondere während der brutalen Angriffe im Jahre 1929 und nach der Veröffentlichung des Paßfieldschen Weißbuches. In diesen Zeiten habe er aus dem Werk des Emek, wo die politische Diskussion hinter die tatsächliche Aufbauarbeit zurücktritt, neuen Mut und neue Kraft geschöpft. Politische Spekulation sei töricht und schlecht gewählte Worte hätten viel Unheil angerichtet. Der Emek aber sei ein Symbol für ausdauerndes Bestreben, Geduld und Zuversicht.

Weizmann bestieg sodann einen vor kurzem vom Keren Kajemeth erworbenen Hügel, von dessen Gipfel sich ein weiter Ausblick auf zahlreiche jüdische Siedlungen im Emek eröffnet. Ein von den Vertretern des Keren Hajessod unterbreiteter Plan, die im Jahre 1927 gegründeten und aus je 20 Familien bestehenden Kwuzoth Sarona und Hasaron zu reorganisieren, auszubauen und zu einer neuen Kolonie zu vereinigen, die zu Ehren des großen Förderers des Zionismus David Lloyd Georges, Ramat David genannt werden soll, fand Weizmanns Billigung. Nach Balfouria wird Ramat David die zweite Siedlung in Palästina sein, die nach einem englischen Staatsmann benannt ist.

Dr. Weizmann und seine Reisegesellschaft, die von einer Eskorte britischer Polizei begleitet werden, haben am Mittwoch, dem 18. März, das Jordantal besucht und trafen am Donnerstag, dem 19. März, wieder in Jerusalem ein.

Über die innerzionistische Situation

J e r u s a l e m, 23. März. (JTA.) Anläßlich der Begrüßung des Präsidenten der Jewish Agency und der Zionistischen Organisation, Dr. Chaim Weizmann, durch die Beamten des Hauptbüros der Jewish Agency in Jerusalem führten mehrere Redner Klage darüber, daß die vergiftete Atmosphäre schwerer zu ertragen sei, als die durch die Nichtauszahlung der Gehälter verursachten wirtschaftlichen Schwierigkeiten.

In seiner Antwort auf die Begrüßungsansprachen erklärte Dr. Weizmann, das Wort „Verrat“ sei in letzter Zeit ein Gemeinplatz in zionistischen Reihen geworden. Selbst alte Zionisten bedienen sich dieses Wortes jedesmal, wenn sie die Politik der Führung mißbilligen. Doch werde die Atmosphäre bald gereinigt werden und die Juden würden wieder freudig ihre Pflichten auf sich nehmen. Er selbst werde dadurch, daß er sich

von der Führerschaft ausschalten werde, dem Zionistenkongreß behilflich sein, im eigenen Hause gründlich Ordnung zu machen.

An die Begrüßung schloß sich eine Konferenz Dr. Weizmanns mit den Mitgliedern der Exekutive Dr. Ruppin, Colonel Kisch, Dr. Senator, Harry Sacher, Joseph Sprinzak und Dr. Barth. Außerdem hatte Dr. Weizmann eine einstündige Besprechung mit dem High Commissioner, Sir John Chancellor. bei dem er und Frau Weizmann zu Gaste geladen waren. Wie die JTA. erfährt, wurden in dieser Unterredung die Fragen einer Verständigung mit den Arabern, des Landentwicklungsplans Sir John Hope Simpsons und einer baldigen Erleichterung der Einwanderung erörtert.

Am Freitag, dem 20. März, hielt Dr. Weizmann einer Beratung mit der Exekutive der Histadruth Haowdim ab. Am Sonntag. dem 22. März, besuchte er die während der Unruhen im August 1929 zerstörte und nunmehr wieder aufgebaute Kolonie Beer Tuwiah.

Waad Leumi
Wichtige Erklärung in den Fragen der Legislative und des neuen Bodengesetzes

Jerusalem, 23. März. (JTA.) Die Sitzung des Waad Leumi (Jüdischer Nationalrat Palästinas), des exekutiven Organs der Assefath Haniwcharim (Jüdische Nationalversammlung) von Sonntag, den 22. März, abends. gewann besondere Bedeutung durch die Anwesenheit des Präsidenten der Zionistischen Organisation und der Jewish Agency, Dr. Chaim Weizmann. Dr. Weizmann, von den Mitgliedern des Waad Leumi freundlich begrüßt, hielt eine bedeutsame Rede, in der er sich über die wichtigsten Fragen des Zionismus und des jüdischen Jischuw in Palästina äußerte.

Die Gesetzgebende Versammlung für Palästina (Legislative Assembly), führte Dr. Weizmann aus, wurde in den Besprechungen zwischen der Jewish Agency und der britischen Regierung bis heute noch nicht erörtert. Es sei direkte Unwahrheit, wenn man erkläre, daß die zionistische Leitung sich mit der Errichtung einer Legislative einverstanden erklärt habe. Aber man müsse den Tatsachen ins Gesicht sehen: der Plan wird in der einen oder der anderen Form aufgestellt werden.

Die neue Bodenverordnung, die in kurzer Zeit veröffentlicht werden wird, erklärte Dr. Weizmann weiter, werde für uns zufriedenstellend sein.

M. M. Ussischkin, dem der Vorsitz im Waad Leumi angetragen wurde, lehnte diese Würde ab. Der Sitzung, in der Weizmann seine Ansprache hielt, wohnte Ussischkin nicht bei.

Wie die JTA. erfährt, begibt sich Präsident Dr. Weizmann nach den jüdischen Pessachtagen auf die Reise nach Amerika.

Arabische Hetzkampagne anläßlich der Ankunft Weizmanns in Palästina

Jerusalem, 18. März. (JTA.) Anläßlich der Ankunft Dr. Weizmanns in Palästina hat in vielen arabischen Dörfern eine verhetzende Agitaition eingesetzt. Der bäuerlichen Bevölkerung wird eingeredet, die „König der Juden" sei gekommen, um Jerusalem in Besitz zu nehmen. Durch Verbreitung erfundener Geschichten von arabischen Kindern, die von Juden geraubt wurden, wird der Erregung unter den Fellachen geschürt. Wie die arabische Zeitung „Al Ikdam" meldet. sind Bemühungen im Gange, die ländliche arabische Bevölkerung zu einem Marsch nach Jerusalem zu bewegen.

Jerusalem, 18. März. (JTA.) Der Großmufti von Jerusalem ist nach Ägypten abgereist. Es wird angenommen, daß diese Reise in politischer Mission erfolgt, vermutlich zu dem Zwecke, eine Ausbreitung des von der palästinensisch-arabischen Exekutive proklamierten antijüdischen Boykotts herbeizuführen.

Weizmanns Palästinareise und die Revisionisten

Jerusalem, 18. März. (JTA.) Die nationalistische Jugendgruppe, die seinerzeit in Tel-Awiw die Kundgebungen gegen den Unterstaatssekretär für die Kolonien, Dr. Drumond Shiels, veranstaltet hat, veröffentlicht einen gegen Dr. Weizmann gerichteten Aufruf, in dem er als Ramsay MacDonalds Trabant bezeichnet wird. der es wage, zu einer Zeit nach Palästina zu kommen, in der Jabotinsky das Betreten des Landes verwehrt ist. Der Zweck des Aufenthalts Weizmanns in Palästina sei es, das zionistische Ideal an die Araber zu verkaufen, so wie er es bereits an England verkauft habe.

Cairo, 18. März. (JTA.) Der Führer der palästinensischen Revisionisten, Dr. Wolfgang von Weisl, ist am 17. März in Cairo eingetroffen. Dr. Weisl hat Pressevertretern gegenüber erklärt, Dr. Weizmann stütze den britischen Imperialismus im Orient. Ferner kündigte Dr. v. Weisl an, er werde in öffentlicher Versammlung Enthüllungen über eine geheime Intrige machen, die England mit Hilfe Dr. Weizmanns im Orient spinne.

Auch die ägyptischen Revisionisten haben während des kurzen Aufenthalts, den Dr. Weizmann auf seiner Reise nach Palästina in Ägypten nahm, ein Manifest erlassen, in dem erklärt wird, Dr. Weizmann sei ein Agent Großbritanniens.

In den Kreisen der ägyptischen Judenheit herrscht Besorgnis über die möglichen Folgen einer von Juden in arabischen Ländern geführten Propaganda, die Namen führender jüdischer Persönlichkeiten, wie den Dr. Weizmanns mit angeblichen britischen Orientplänen in Verbindung bringe.

Das Verhältnis der Revisionisten zur zionistischen Gesamtorganisation

Gegen die palästinensischen Revisionisten

London, 23. März. (JTA.) Das Exekutivkomitee der Weltunion der Zionisten-Revisionisten hat eine Erklärung veröffentlicht, in der mitgeteilt wird, daß sich das Exekutivkomitee in seiner letzten Sitzung mit den von der letzten revisionistischen Konferenz in Palästina gefaßten Resolutionen, in denen die Exekutive aufgefordert wird, eine Reihe von Maßnahmen auf dem Gebiete der inneren und äußeren zionistischen Politik zu ergreifen befaßt hat. Das Exekutivkomitee ist zu folgenden Entschlüssen gelangt:

Die Frage einer Abberufung der revisionistischen Vertreter aus dem Aktionskomitee wurde vor einiger Zeit den Mitgliedern des Parteirats vorgelegt. Eine überwiegende Mehrheit hat sich gegen einen derartigen Vorschlag ausgesprochen. Das Exekutivkomitee hält sich an diese Entscheidung des Parteirats für gebunden. Die im August 1930 in Prag abgehaltene revisionistische Weltkonferenz hat ebenso wie der Parteirat auf seiner Berliner Tagung im Dezember 1930 einstimmig beschlossen, daß die revisionistische Weltunion am 17. Ordentlichen Zionistenkongreß teilnehmen und die Wahlkampagne mit größtmöglicher Energie durchführen soll. Alle zu diesen Beschlüssen in Widerspruch stehenden Vorschläge, wie die Einberufung

eines eigenen Kongresses, müssen daher eo ipso als unannehmbar betrachtet werden.

Das Kongreßstatut und das Statut des Kongreßgerichts sehen keine gesetzliche Möglichkeit vor, die zionistische Exekutive und ihren zurückgetretenen Präsidenten formell unter Anklage zu stellen. Indessen ist das Exekutivkomtiee entschlossen vor dem Kongreßgericht im Verlauf des auf Veranlassung der zionistischen Exekutive gegen den Vizepräsidenten der revisionistischen Weltunion, Meer Großmann, eingeleiteten Verfahrens die Schädlichkeit der politischen Arbeit der zionistischen Exekutive und Dr. Weizmanns klarzulegen.

Das Exekutivkomitee hat nach Veröffentlichung des MacDonald-Briefes und der darauf folgenden Erklärung Dr. Weizmanns beschlossen, an die zionistische Exekutive — die entgegen ihren eigenen Versicherungen die Verhandlungen mit der britischen Regierung auf der Basis des Weißbuches vom Oktober 1930 geführt hat und das Vertrauen der zionistischen Bewegung nicht länger genießt — die endgültige Forderung zu stellen, daß sie vor erfolgter Wahl einer neuen Exekutive keine weiteren Verhandlungen mit der Mandatarmacht führe. Das Exekutivkomitee hat für den Fall, daß diese Forderung abgelehnt werden sollte, beschlossen, die jüdischen Massen in allen Ländern zu einem öffentlichen Protest gegen Verhandlungen, die in London von Dr. Weizmann oder seinen Kollegen geführt werden oder geführt werden sollen, aufzurufen.

Revisionistensturm bei einem Vortrag Dr. Magnes'

Neuyork, 23. März. (JTA.) Anläßlich eines von der Histadruth Iwrith, dem Verband der hebräisch Sprechenden in Amerika, veranstalteten Vortrag des Kanzlers der Hebräischen Unversität in Jerusalem Dr. J. L. Magnes, kam es zu stürmischen Kundgebungen der in großer Zahl erschienenen Revisionisten.

Einige Tage vor dem Eintreffen Dr. Magnes' in Amerika hatte die Organisation der Zionisten-Revisionisten Amerikas eine Resolution gefaßt, in der der Council der Hebräischen Universität aufgefordert wurde, Dr. Magnes wegen seiner „gegen den Zionismus gerichteten Tätigkeit seit den Unruhen von 1929“ seines Postens als Kanzler der Universität zu entheben.

In der Versammlung setzten sofort, nachdem der Vorsitzende Ab Goldberg den Redner vorgestellt hatte, lärmende Kundgebungen der Revisionisten ein. Stinkbomben wurden geworfen und es kam zu einem Handgemenge zwischen den Revisionisten und den Allgemeinen Zionisten, die Dr. Magnes zu schützen versuchten. Nachdem der Tumult etwa eine halbe Stunde gedauert hatte, erschien Polizei, die mit großer Mühe 40 bis 50 Unruhestifter aus dem Saale entfernte. Nunmehr konnte Dr. Magnes seinen in hebräischer Sprache gehaltenen Vortrag über die Arbeiten der Universität beginnen, wurde jedoch in seinen Ausführungen häufig von den im Saale verbliebenen Revisionisten durch provozierende Zwischenrufe unterbrochen. Dr. Magnes ließ sich durch die Störungsversuche nicht beirren. Er erklärte, er sei schon daran gewöhnt, ein Verräter genannt zu werden. Dieses Wort, sagte Dr. Magnes auf die Kriegszeit anspielend, in der er wegen seiner pazifistischen Gesinnung als Verräter bezeichnet worden war, habe ich schon vor langer Zeit gehört.

Nach Versammlungsschluß wurde Dr. Magnes von einer großen Menge von Revisionisten, die sich inzwischen in den umliegenden Straßen gesammelt hatten, beschimpft und bedroht. Trotzdem lehnte Dr. Magnes polizeilichen Schutz ab und erklärte, sich allein nach Hause begeben zu wollen.

Die Verhandlungen zwischen Jewish Agency und englischer Regierung

Eine Erklärung des Kolonialamts

Londond, 18. März. (JTA.) Wie der Jüdischen Telegraphen-Agentur vom Kolonialamt mitgeteilt wird, wurden die Verhandlungen zwischen Jewish Agency und britischer Regierung in der am 13. Februar erfolgten Veröffentlichung des Briefes MacDonalds an Dr. Weizmann endgültig abgeschlossen. In diesem Zusammenhang wurde seitens des Kolonialamtes darauf hingewiesen, daß weder der Brief des Ministerpräsidenten Mac Donald noch das Antwortschreiben Dr. Weizmanns irgendeinen Hinweis auf weitere Verhandlungen enthalten. Eine Äußerung darüber, ob noch eine Erörterung offenstehender Fragen stattfinden oder ob ein neues Subkomitee zum Zwecke weiterer Verhandlungen mit der Jewish Agency eingesetzt werden soll, wurde vom Kolonialamt abgelehnt.

Die Mitteilung des Kolonialamtes steht in auffallendem Widerspruch zu der wiederholt von seiten der Jewish Agency abgegebenen Erklärung, daß der Brief des Ministerpräsidenten an Dr. Weizmann bloß als Abschluß des ersten Teiles der Verhandlungen mit der englischen Regierung aufzufassen sei. Am Schlusse seiner Antwort auf den Brief Ramsay MacDonalds schreibt Dr. Weizmann: „Ich bin voller Hoffnung, daß die drei Parteien, die Mandatsregierung, die Araber und wir selbst jetzt zusammenkommen und einen konstruktiven Plan für das künftige Wohl und die Entwicklung Palästinas ausarbeiten werden.“ Die Exekutive der Zionistischen Organisation hat erst vor etwa zwei Wochen nachstehende Erklärung veröffentlicht:

Die Zionistische Exekutive und die vom Zionistischen Aktionskomitee eingesetzte politische Kommission haben in ihren vom 16.—18. Februar abgehaltenen gemeinsamenen Sitzungen die politische Lage im Lichte des vom Ministerpräsidenten MacDonald an Dr. Weizmann gerichteten Briefes betrachtet. Diese Sitzungen werden nach einem Intervall von einigen Wochen zum Zwecke der Beratung jener Probleme, die im Verlaufe der weiteren Verhandlungen mit der Regierung Sr. Majestät erörtert werden sollen, wieder aufgenommen werden.

Die „Jüdische Rundschau“ zur Frage der Regierungsverhandlungen

Berlin, 22. März. (JTA.) In einer Notiz „Regierung und Jewish Agency“ schreibt die „Jüdische Rundschau“ u. a.:

Die wirkliche Sachlage ist die, daß das vom Kabinett ernannte Kabinetts-Komitee nur die Aufgabe hatte, die prinzipiellen Fragen bzw. Beschwerdepunkte der Jewish Agency zu behandeln. Der MacDonald-Brief gibt die Richtlinien der Politik. Detailfragen der Verwaltung, Einzelheiten der Landesentwicklung usw. betrachtet die Regierung als Ressortangelegenheiten der betreffenden

Ämter. Dementsprechend müssen diese Fragen mit den zuständigen Beamten des Kolonialamts unter Heranziehung von Sachverständigen (z. B. wird Sir John Hope Simpson als solcher genannt) verhandelt werden, wobei der Wunsch besteht, daß auch arabische Vertreter an den Beratungen teilnehmen. Es ist ohne weiteres klar, daß diese Besprechungen, die sich vielleicht monatelang hinziehen werden, einen ganz anderen Charakter haben, als die Verhandlungen mit der Regierung, und daß daher mit Recht gesagt werden kann, daß diese abgeschlossen sind, ohne daß damit jedoch die künftigen Beratungen präjudiziert würden.

Aus der jüdischen Welt

Katastrophaler Geburtenrückgang unter den Juden Berlins

Berlin, 19. März. (JTA.) Im Halbjahr Juli bis Dezember 1930 sind in der Jüdischen Gemeinde Berlin bei 1176 Sterbefällen 582 Geburten zu verzeichnen. Demnach sind also in diesem Halbjahr 594 Personen weniger geboren als gestorben. Rechnet man die in Mischehen geborenen jüdischen Kinder dazu, was man ohne weiteres gewiß nicht kann, dann stehen 1176 Todesfällen 722 Geburten gegenüber, so daß selbst bei dieser Rechnung ein Minus von 454 übrig bleibt.

Sind Synagogen nicht mit den christlichen Religionsgesellschaften gleichberechtigt?

Das Oberverwaltungsgericht entscheidet, daß der Rabbiner nicht Geistlicher ist

Frankfurt a. M., 18. März. (JTA.) Eine Synagogengemeinde, Eigentümerin eines Hauses, in dem sich u. a. die Wohnung des Rabbiners der Synagogengemeinde befindet, begehrte auf Grund des § 3 Abs. 1 des Hauszinssteuergesetzes Freistellung dieser Wohnung von der Hauszinssteuer. Der Antrag wurde im letzten Rechtszuge durch eine erst jetzt veröffentlichte (J.W. 1931, S. 679) Entscheidung des Preußischen Oberverwaltungsgerichtes abgewiesen. Nach dem genannten Paragraphen sind von der Hauszinssteuer befreit die Dienstwohnungen der Geistlichen und Kirchendiener. Ein Rabbiner sei aber im Sinne dieser Bestimmung nicht Geistlicher, da nach Preußischem Landesrecht unter den Geistlichen und Kirchendienern nur die der evangelischen Landeskirchen, der römisch-katholischen und der alt-katholischen Kirche zu verstehen seien. Der Art. 137 der Reichsverfassung, der von den Religionsgemeinschaften im allgemeinen spreche, schaffe kein dem Landesrecht vorgehendes materielles Recht. Es fehle an einem besonderen Preußischen Landesgesetz.

Der Staatsrechtslehrer der Universität Frankfurt, Prof. Dr. F. Giese, führte dagegen aus, daß der Rechtsstandpunkt des Oberverwaltungsgerichts dem Rechtsgefühl widerspreche und daß er mit dem in Art. 135 ff. der Reichsverfassung zugrunde gelegten Prinzip der staatsseitigen Gleichbehandlung aller Religionsgesllschaften unvereinbar sei. Der Ausschluß der Staatskirche in Art. 137 I gestatte keine Bevorzugung einzelner Religionsgesellschaften. Da das Oberverwaltungsgericht für Einsprüche gegen die Hauszinssteuer den letzten Rechtszug bildet, kann also jetzt nur noch durch Gesetz Abhilfe geschaffen werden.

Die katholische Kirche gegen das Hakenkreuz

Berlin, 22. März. (JTA.) Dem Beispiel der rheinischen und schlesischen Bischöfe folgen nunmehr auch der Erzbischof von Paderborn und die Bischöfe von Fulda und Hildesheim mit Erklärungen, wonach das Programm der nationalsozialistischen Partei im offenen Gegensatz zur katholischen Religion stehe. In der Erklärung heißt es ferner: Der Satz des nationalsozialistischen Programms „Freiheit aller religiösen Bekenntnisse, soweit sie nicht gegen das Sittlichkeits- und Moralgefühl der germanischen Rasse verstoße", sei direkt gegen die christlichen Grundsätze gerichtet, denn er mache das Gefühl einer Rasse zum Richter über religiöse Wahrheiten. — Dieser Erklärung schließt sich auch, wie „Germaina" mitteilt, das Bischöfliche Ordinariat in Berlin im Einvernehmen mit dem Bischof von Berlin, Dr. Christian Schreiber, an. Dr. Schreiber stellt sich voll und ganz auf den Standpunkt der Erlasse von Breslau, Köln und Paderborn und der der bayerischen Bischöfe.

Professor Samuel Landauer 85 Jahre

Augsburg, 17. März. (JTA.) Professor Dr. Samuel Landauer in Augsburg vollendete vor kurzem das 85. Lebensjahr. Der Gelehrte zählt zu den ersten Autoritäten auf dem Gebiete der orientalischen Sprachen, namentlich des Arabischen, Persischen und Aramäischen. Geboren in Hürben bei Krumbach (Schwaben), besuchte er die Universitäten München, Leipzig und Straßburg. In München promovierte er 1872 auf Grund seiner arabischen Dissertation: „Über die Psychologie des Ibn Sînâ." 1875 wurde der junge Gelehrte Privatdozent für orientalische Sprachen in Straßburg, 1884 Bibliothekar der Universitäts- und Landesbibliothek dortselbst, 1894 Honorarprofessor und 1905 Oberbibliothekar in Straßburg. Seit Ende 1918, wo er als Deutscher über Nacht Straßburg verlassen mußte, hat er sein Domizil in Augsburg. Der Gelehrte war Gegenstand mannigfacher Ehrungen, sowohl lokaler Art als auch ganz besonders seitens seiner vielen heute in höchsten Ämtern und Würden stehenden Schülern und sonstigen Verehrer des In- und Auslandes.

Rabbiner Dr. Treitel gestorben

Berlin, 20. März. (JTA.) Im Alter von 86 Jahren verstarb Anfang März in Laupheim (Württemberg) Rabbiner Dr. Leopold Treitel. Neben seinen talmudischen Studien widmete er sich besonders der Philosophie, sein Hauptinteresse galt der jüdisch-hellenistischen Philosophie. Sein Buch „Gesamte Theologie und Philosophie Philos von Alexandria" fand die Anerkennung der Fachwelt.

Jubiläen jüdischer Persönlichkeiten Österreichs

Wien, 19. März. (JTA.) Der international bekannte Kunsthistoriker der Wiener Universität, Prof. Dr. Max Eisler, feiert dieser Tage seinen 50. Geburtstag. Prof. Eisler hat auch der jüdischen Kunst langjährige Studien gewidmet und gehört zu den eifrigsten Förderern junger jüdischer Künstler in Wien. Gesinnungsgemäß steht er im konservativen Judentum und hat vor Jahren das soziale Erziehungswerk der Agudah gefördert. Durch seine Arbeiten über die holländische Malerei, insbesondere über Rembrandt und Joseph Israels, hat er sich eine hervorragende Stellung in der internationalen Kunstforschungsliteratur gesichert.

Dieser Tage haben auch zwei Wiener zionistische Führer ihre Jubiläen gefeiert. Dr. Karl Pollak, der wiederholt Präsident des Zionistischen Landeskomitees für Österreich war, wurde 60 Jahre alt. Aus diesem Anlaß veranstalteten die

jüdisch-akademischen Verbindungen Unitas, Kadimah u. a. Festkommerse, auf denen die Verdienste des Jubilars um Zionsimus und Judentum gewürdigt wurden. Dr. Karl Pollak war einige Male in Palästina, um die zionistischen Probleme an Ort und Stelle zu studieren. In den letzten Jahren hat er sich dem Revisionismus angeschlossen. Die österreichisch-zionistische Presse aller Schattierungen widmet dem Jubilar Begrüßungsartikel.

Gleichzeitig wird in der zionistischen Presse der 50. Geburtstag Dr. Siegfried Kantors gefeiert. Seit vielen Jahren ist Dr. Kantor Vizepräsident der Wiener Advokatenkammer. Hervorragend sind seine Leistungen für die zionistische und jüdische Sache in Wien. Er war der Organisator des nach dem Umsturz aus zionistischen Studenten und Sportlern gebildeten jüdischen Selbstschutzes.

Robert Stricker legt sein A.C.-Mandat nieder

London, 18. März. (JTA.) Wie die Exekutive der Zionistischen Organisation mitteilt, ist sie von Herrn Robert Stricker in Wien verständigt worden, daß er infolge Austritts aus dem Verband Radikaler Zionisten sein Mandat im Aktions-Komitee niederlegt. An seine Stelle ist laut Beschluß des Verbandes Radikaler Zionisten das bisherige Ersatzmitglied Dr. Nahum Goldmann getreten.

Kein Numerus clausus für rumänisch-jüdische Studenten in Frankreich

Paris, 22. März. (JTA.) Vor kurzem wurde in der rumänischen Presse ein Brief des Dekans der Pariser medizinischen Fakultät, Prof. Balthazards, an die medizinische Fakultät der Universität Bukarest veröffentlicht, der die Ankündigung der Einführung eines Numerus clausus an der Pariser medizinischen Fakultät und einen Vorschlag auf Einsetzung einer französisch-rumänischen Kommission zur Auswahl der zum Medizinstudium in Paris zuzulassenden rumänischen Hörer enthielt. (Siehe J. E. Nr. 12 vom 20. März.)

Der Pariser JTA-Vertreter sprach im Hinblick auf diese Bukarester Meldung, bei Prof. Balthazard vor, um nähere Informationen über die geplanten Schritte der Pariser medizinischen Fakultät zu erhalten. Im Verlauf des Gesprächs erklärte der Dekan, es gebe an der Pariser Universität weder Fremdenfurcht noch Antisemitismus. Ich ermächtige Sie formell, sagte Prof. Balthazard wörtlich, die Authentizität jener Teile des Briefes, in denen von Anzahl und Status der rumänisch-jüdischen Studenten in Paris die Rede ist, zu dementieren. Der von mir abgesandte Brief enthielt keine derartigen Abschnitte, sie beruhen auf freier Erfindung.

Harry Snell Unterstaatssekretär für Indien

London, 17. März. (JTA.) Der Abgeordnete der Arbeiterpartei, Harry Snell, wurde als Nachfolger des verstorbenen Lord Russel zum Unterstaatssekretär für Indien ernannt und zugleich in den Peer-Stand erhoben. Lord Hary Snell hat seinerzeit als Mitglied der Untersuchungskommission über die Augustunruhen in Palästina einen Minoritätsbericht erstattet, der in vielen Punkten für die jüdische Sache wesentlich günstiger war als der Mehrheitsbericht der Shaw-Kommission. Auch später hat er wiederholt seine freundliche Haltung gegenüber dem jüdischen Standpunkt zu erkennen gegeben. Während der Unterhausdebatte am 17. November 1930 hat er sich warm für die Sache des Jüdischen Nationalheims eingesetzt. Die Bemühungen um Erzielung einer Verständigung zwischen Arabern und Juden in Palästina haben in ihm einen eifrigen Förderer gefunden.

Günstige Wendung in der litauischen Staatenlosenfrage

Kaunas, 9. März. (JTA.) Der litauische Innenminister Arawitschus hat im Verlauf einer Unterredung mit dem Direktor der Jüdischen Telegraphen-Agentur Jacob Landau und dem Leiter des europäischen JTA-Dienstes B. Smolar, an der auch der litauische Polizeidirektor Novakas teilnahm, eine Erklärung abgegeben, die die Gewähr dafür bietet, daß es zu den befürchteten katastrophalen Auswirkungen der litauischen Ausländerarbeitsverordnung auf die jüdische Bevölkerung dieses Landes nicht kommen wird. Der Minister stellte ausdrücklich fest, daß sich die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen bloß gegen die seit 1929 eingewanderten Ausländer, nicht aber gegen jene richten werden, die bereits vor diesem Zeitpunkt in Litauen ansässig waren. Da nun die überwiegende Mehrheit der jüdischen Ausländer sich schon vor dem Jahre 1929 in Litauen befand, wird sie von der neuen Regierungsverordnung überhaupt nicht betroffen. Auch für diejenigen Juden, die unter dem Druck amtlicher Organe in der Provinz Reserve unterzeichneten, in denen sie sich verpflichteten, keine Anstellung anzustreben, bestehe kein Anlaß zu irgendwelcher Besorgnis, da die Regierung diese Reserve nicht als bindend betrachten werde. Auf die Frage Landaus, warum die Regierung jenen Juden, die bereits länger als zehn Jahre im Lande ansässig sind und daher einen verfassungsmäßigen Anspruch auf die litauische Staatsangehörigkeit besitzen, bisher noch nicht das Bürgerrecht verliehen habe, antwortete der Minister, nach der für den Monat April vorgesehenen neuen Publikation des Gesetzes über die Staatsbürgerschaft werde eine Masseneinbürgerung von Staatenlosen erfolgen. Darüber hinaus sicherte der Minister die sofortige Einbürgerung aller im Wilnaer Distrikt geborenen Personen zu. Bezüglich des Gesetzentwurfes über eine obligatorische zweijährige Gerichtspraxis für Rechtsanwaltsanwärter vor der Zulassung zur Ausübung des Anwaltsberufes, gab der Innenminister in bestimmtester Form die Versicherung, daß das geplante Gesetz durchaus nicht gegen die Juden gerichtet sei. Die Zulassung der Juden zum Gerichtsdienst stoße in Litauen auf keinerlei Schwierigkeiten, auch gegenwärtig seien drei jüdische Richter an litauischen Gerichtshöfen tätig. Das Gesetz habe ausschließlich die Hebung des Anwaltstandes im Auge.

Ausdehnung der italienischen Wirtschaftstätigkeit auf Palästina

Jerusalem, 3. März. (JTA.) Die zur Stärkung des italienischen Wirtschaftseinflusses in den Mittelmeer- und Balkanländern arbeitende „Societa Imprese Italiana all'Estero", die von der Banca di Roma und dem Credito Italiana finanziert wird, beabsichtigt, ihre Tätigkeit auch auf Palästina auszudehnen. Das Institut beschäftigt sich im wesentlichen mit der Gewährung von Handelskrediten und mit der Finanzierung lokaler Industrieunternehmungen. Es hat auf diesem Gebiet in der Türkei, Griechenland und Rumänien mit großem Erfolge gearbeitet. Zur Intensivierung seiner Aktivität ist das Aktienkapital auf 25 Millionen erhöht worden.

Die jüdische Arbeitereinwanderung nach Palästina — Ausgabe von Zertifikaten

Jerusalem, 17. März. (JTA.) Auf Grund einer eingehenden Beratung mit Vertretern der Allgemeinen jüdischen Arbeiterorganisation Palästinas hat die Exekutive der Jewish Agency beschlossen, von den ihr noch zur Verfügung stehenden und bis Ende März gültigen 286 Arbeitereinwanderungszertifikaten sofort 156 an 40 Familien von Chaluzim auszugeben.

Shaw in Palästina

Jerusalem, 18. März. (JTA.) George Bernard Shaw, der sich gegenwärtig in Palästina aufhält, hat das in Migdal am Ufer des Tiberias-See gelegene Melchett-Gut besucht, wo er von der Tochter des verstorbenen Lord Melchett, Lady Erleigh, bewirtet wurde.

Neue jüdische Zeitungen in Palästina

Jerusalem, 18. März. (JTA.) Die palästinensischen Revisionisten, die durch die Wiederübernahme des „Doar Hayom" durch seinen früheren Herausgeber, Ben Awi, ihr Zentralorgan verloren haben, haben vom Distriktskommissar von Jerusalem die Bewilligung erhalten, eine neue Zeitung unter dem Titel „Haam" herauszugeben. — Der Jerusalemer Advokat Ben Aron hat beim Distriktskommissar um die Bewilligung zur Herausgabe einer neuen hebräischen Wochenschrift unter dem Titel „Zion" angesucht.

Feuilleton

Drei Pessach-Legenden

Aus dem Abschnitte über das Pessach-Fest im Babylonischen Talmud.

Gewählt und berichtet von Fritz Rosenthal.

Die Frösche. Im Buche Daniel wird von den drei kühnen Männern: Sadrach, Mesach, Abed-Nego erzählt, die um der Weihe des Namens willen, sich in den glühenden Ofen Nebukadnezars werfen ließen. — Rabbi Jose pflegte im Namen Theodos aus Rom folgendes an dieser Stelle zu erläutern:

Der Mensch ist verpflichtet, um der Weihe des Namens willen sein Leben hinzugeben; nicht aber das Tier. Und dennoch berichtet uns die Schrift, daß auch diese ihr Leben zum Ruhme des Allseienden gaben. Denn es steht geschrieben, daß ER den Fröschen gebot, sie sollten heraufkommen „nach Mizrajimland in deine Backöfen und in deine Teigmulden" (die in der Glut der Öfen sind). Die Frösche taten also und Pharao und seine Knechte und ganz Mizrajim erkannte durch sie die Macht des Herrn und die Mosche's, seines Gesandten.

Dieser Stelle im Buche der Weisungen aber waren Sadrach, Mesach und Abed-Nego eingedenk und sie zogen den Schluß vom Leichten auf das Schwere, von den Fröschen auf sich, und gingen getrost in die Flammen. Der Heilige, er sei gelobt, aber sandte ihnen seinen Engel und zeigte dem König von Babel seine Macht, wie er sie Pharao zeigte, der König war zu Mizrajim.

*

Die Volkszählung. Der König Agrippa wollte die ganze Menge Israels zählen, aber die Schrift verbietet es, die Menschen abzuzählen, denn darüber waltet der böse Blick. Also gebot Agrippa dem Hohepriester, daß er von jedem Pessachlamm, das zu Jerusalem geopfert würde, die Niere nähme, und siehe: es waren sechzig Myriaden Nierenpaare, das ist das Zwiefache von der Zahl derer, die aus Mizrajimland zogen. Die Unreinen aber, oder die, die sich außerhalb des Landes Israel befanden, waren nicht eingerechnet. Da erkannte der König, daß der Segen des Herrn auf dem Volke lag, solange es IHM das Pessachopfer schlachtete, und man nannte das Fest in diesem Jahre „Das Pessachfest der dichtgedrängten Menge".

*

Die Prophetenkinder. Einst wußten die Priester, die den Dienst im Heiligtume verrichteten, nicht recht Bescheid über die Satzungen des Pessachopfers. So gingen sie zu Hillel dem Babylonier, ihm ihre Fragen vorzulegen, und er, der bei den Weisesten seiner Zeit, bei Schemaja und Ptollin Torah gelernt hatte, deutete ihnen alle. Zuletzt aber fragte einer der Priester den Rabbi: „Sage uns doch, Meister, was ist zu tun, wenn man am Vorabend des Sabbats vergessen hat, das Opfermesser für das Pessachlamm mit in den Vorhof des Tempels zu nehmen?" Da überkam den Rabbi ein großer Schreck, denn er hatte von seinen Lehrern die Entscheidung in dieser Sache gehört, aber er hatte sie wieder vergessen. Schließlich entgegnete er: „Mir ist die Entscheidung entfallen, aber lasset doch das Volk nach seiner eigenen Erkenntnis handeln, denn sind sie auch nicht selbst Erfüllte vom Geiste des Herrn, so sind sie doch Kinder und Enkeln von Kündern und Gotterfüllten."

Als nun der Vorabend des Sabbats gekommen war, sah Hillel der Babylonier, wie ein jeder der Männer sein Opfermesser in die Wolle seines Lammes steckte, und wer ein Zicklein darbrachte, steckte es zwischen die Hörner. Da erkannte der Rabbi, daß dies der rechte Brauch war, den ihn seine Lehrer gewiesen hatten, und er dankte dem Herrn der Welt, der seinen Geist nicht von seinem Volke nahm.

Die Patriarchin von Eisenstadt

Von Otto Abeles

Wir entnehmen diese besinnliche Geschichte dem soeben im Verlag Dr. Max Präger (Wien) erschienenen Bändchen: „Zehn Jüdinnen", in dem die Porträts zehn jüdischer Frauen auf Grund von Chroniken, Briefen und Memoiren, historischer und mündlicher Überlieferung gezeichnet sind, mit warmem Humor und einem wachen Gefühl für die Echtheit jüdischen Lebens.

*

Habt ihr schon ein heiteres Ghetto gesehen? In Eisenstadt gibt es dieses Wunder. Man müßte hinpilgern.

Eine Gasse, den Berghang emporklimmend. Heiter, wie das Schloß des Fürsten Esterhazy, das sie Jahrhunderte schützte, sind die bescheidenen

Häuser der Judensiedlung gehalten. Das Gezack der Dächer und Giebel und winzigen Vorbauten schneidet sich wie scharfe Falten in das freundlichen Greisenantlitz des Gässels. Ein malerischer Mauerbogen — der erst in jüngster Zeit wieder hergestellte „Erew" — bildet die Pforte. Blumenschmuck grüßt von den Fenstern. Blick in friedliche, reichgegliederte Höfe; uralte steinerne Pfeiler mit Ketten, die noch heute vor Sabbateingang geschlossen werden; Rathaus, Synagoge; ein Brunnen plätschert, ein bizarr geformtes Haus mit freiliegenden Treppen zu den Stockwerken zieht den Blick des Besuchers an.

Dann biegt die Gasse fast rechtwinkelig ab und mündet im „Guten Ort", der heiter-friedlichen Ruhestätte Eisenstädter Ahnen, in weites, fruchtbares Hügelland gebettet.

Eine Grabschrift.

Hier ruht die Frumet Fr. Chajim ha-Levi Wolf und die Inschrift auf dem Grabstein ist ihr Porträt:

„Vor diesem Steine vereinigen sich Arme und Dürftige zu einem Klagelied. Er deckt ihre Hilfe und Stütze. Diese Frau, die da im Schutthaufen liegt, wer könnte ihre Werke schildern? Und wollten wir es versuchen, ihre frommen Taten zu preisen, so stünde uns hindernd ihr Verbot entgegen. Bevor sie starb, verbat sie sich ausdrücklich die Lobpreisungen. Wir aber möchten inniglich ihr gutes Angedenken erhalten. Darum haben wir wenigstens diese Worte eingeritzt."

Das Porträt ist nicht geschmeichelt. Und ich glaube, diese Inschrift ist auch bezeichnend für die Zeit und für das Geschlecht jener, welche sie abgefaßt haben.

Nicht serviler Überschwang und berechnende Ergebenheit, den Erben gegenüber, hat die Sätze geformt; und nicht das löbliche Motiv, über Tote nur Gutes zu sagen, hat das Bildnis schöner gemacht. Die Gemeinde hat eine starke, gütige, tätige Frau verloren. Sie war eine Große in Israel.

Wo Männer weltabgewandt über den Talmud saßen, wo das „Lernen" geheiligter Sinn des Lebens und Ziel des Wirkens war, wo die Sorge um das Brot und um die Kinder, wo das Regiment des Hauses auf die Gattin überging, dort mußten überragende Frauen erstehen. Säulen der Familie, wie etwa die genialische Glückel von Hameln, Säulen der Gass', wie die Krakauer Jüdin Bube Machale.

Und die Frumet Wolf war eine Rebellin der Gass', ehe sie die allgemein verehrte Patriarchin von Eisenstadt wurde.

„Pasquill-Zettelech.

Das war ein Ereignis in der Kehilla, als anno 1793 ganz Eisenstadt von einer Flugschrift wimmelte, welche respektlos und treffsicher die Herren Gemeindevorsteher aufs Korn nahm. Die Kahalgewaltigen sahen ihre Würde durch ätzenden Spott gefährdet, die Verwaltung der Gemeinde ward unerhört angegriffen.

Die Vorsteher wußten den Oberrabbiner zu bewegen, gegen den anonymen Missetäter den Bann zu erlassen. Und nicht nur gegen den Autor der „Pasquill-Zettelech", sondern auch gegen sämtliche Kolporteure der Schmähschrift.

Nun wollte der Aufwiegler nicht, daß andere für ihn büßen und leiden, denn sich im „Cherem" zu wissen, war schwerste Herzensqual. Er stellte sich daher seinen Richtern, und siehe, der Rebell hatte seinen Synagogensitz in der Weiberschul und trug Frauenröcke.

Es war die jugendliche Gattin des ehrsamen Gemeindemitgliedes Chaim Wolf, geborene Brilin, aus Preßburg.

Den Wortlaut ihrer öffentlichen Anklageschrift kennen wir nicht. Die damalige Eisenstädter Ghetto-Zensur hat alle Exemplare beschlagnahmt und vernichtet. Man muß annehmen, daß die Betroffenen Ursache hatten. Die junge Frau mit der scharfen Feder muß sie verflucht bloßgestellt haben.

Hingegen sind die Prozeßakten, welche den Frevel der Frumet Wolf behandeln, uns erhalten geblieben. Sie erstrecken sich auf ein Jahrzehnt, denn Chaim Wolf kämpfte für die Rehabilitierung seiner besseren Ehehälfte, und er war zweifellos nur die lange Hand dieses weiblichen Michael Kohlhaas aus der Judengasse.

Die Kahalvorsteher waren schon zu Beginn der Affäre in die Verteidigungslinie gedrängt, denn sie sahen sich „aus Nachsicht und frommer Demut" bewogen, die ursprünglich diktierte schwere und diffamierende Strafe in eine ganz geringe Geldbuße zu verwandeln.

Da die Herren Vorsteher aber ihr Mütchen an der gefährlichen Frumet Wolf, geborenen Brilin, kühlen wollten, trugen sie den Vorfall zum ewigen Gedächtnis ins Gemeindebuch ein.

Das aber ließ sich die Frumet nicht bieten. Die unrechtmäßige Eintragung mußte getilgt werden. Und der Kampf um ihr Recht war für die mutige, kluge Frau natürlich gleichzeitig ein Kampf für alle. Nach zehn Jahren siegte ihr Gatte, also sie, beim Rabbinatsgerichte.

Die Frumet hatte in diesem Jahrzehnt die Firma hochgebracht, die Klientel der Eisenstädter Armen und Bedürftigen um sich versammelt, denen sie Beraterin und Erzieherin war (nicht bloß Almosenspenderin). Und sie nahm wachsenden Einfluß auf die Gemeindeverwaltung, einfach dadurch, daß sie in Eisenstadt lebte und wirkte. Man mußte sich daran gewöhnen, auf ihre Stimme zu hören, oder zu unterlassen, was vor ihrer Weisheit nicht bestand. Es ist überliefert, wie sie für einzelne oder für alle bei den Behörden intervenierte.

Die Muhme Frumet, der Neffe Saphir und der Eisenstädter Omnibus.

Als Sachwalterin muß sie am richtigen Ort das richtige Wort gefunden haben; denn Frau Frumet Wolf ist sogar mit ihrem berühmten Neffen fertig geworden, mit Herrn Moritz Gottlieb Saphir, dem einflußreichen und berüchtigten Herausgeber des Wiener „Humoristen", der sie an Geistesgaben erklecklich überragte, aber von dem Herzensadel der Eisenstädter Mumhe auch nicht ein Quentchen übernommen hatte.

Saphir, der bestechenden Witz leider mit Bestechlichkeit verband — er war einer der Väter des „Revolver-Journalismus" — besuchte seine alte Tante in Eisenstadt und trat bei ihr mit den Worten ein:

„Zu Babe Frumet kommt Saphir Meschumed"[1].

Worauf sie prompt erwiderte:

„Ist Saphir ein Meschumed, soll er nicht kommen zu Babe Frumet..."

Und mit Behagen habe im Gespräch mit Frumets Urenkel eines ihrer geflügelten Worte vernommen, welches Zeugnis ist für das Maß ihrer Selbstachtung, die der zynische Neffe gar sehr vermissen ließ:

„Wer nicht zu mir kommt, kommt nicht zu mir."

---

[1] Täufling.

Bei dieser Ghettojüdin streitet der Wortwitz, mit dem sich Saphir im Wiener Vormärz einen Namen machte, für eine edle Sache. Sie drängt sich niemals vor, sie schleicht sich nirgends ein, sie ist Fürstin im engen Bezirk der Gasse und Sippe, darüber hinaus allen erreichbar, allen freundlich, schwesterlich zugetan, die sie suchen und zu finden wissen. Die Eisenstädter Patrizierfrau in der Judengasse fühlt sich nicht erniedrigt, wenn man sie geringschätzig übergeht: Wer mich nicht als seinesgleichen achtet, reicht nicht an mich heran.

Damit ist nicht gesagt, daß die Frumet Wolf in Hochmut und in Geltungssucht in ihrem Hause Cercle hielt, wie die späteren überbildeten Jüdinnen der „Salons", die an ihren Jours die Literaten fütterten. Sie kam schon zu Leuten, die nicht zu ihr kamen. Sie erschien schon dort ungerufen und ungeladen, wo man ihres Rates und ihrer Hilfe bedurfte. Aus freien Stücken und ohne vorerst Ehrenpräsidentin eines Wohltätigkeitsvereines zur Befriedigung persönlicher Eitelkeit geworden zu sein.

In Eisenstadt erzählt man sich heute noch, wie die greise Frumet Wolf allwöchentlich Sonntags in frühester Morgenstunde bei der „Gelegenheit" stand, mitten unter den Schnorrern und Luftmenschen, die dort auf ein mageres Kommissiönchen lauerten.

Sie kam zum Omnibus, der am Ghetto-Eingang seine Fahrgäste aufnahm, mit der vollen Börse. Aber nicht, um Almosen zu verteilen, wie vor Sabbat-Eingang, sondern, um den Familienvätern, den kleinen Leuten, die über Land fuhren, Handel trieben, erst Freitag vor der Dämmerstunde heimkamen, zu ihrem Lebensunterhalt zu verhelfen. Indem sie nach kluger Aussprache und Beratung den Bedürftigen zinsenfreie Darlehen gewährte, die sie am Wochenende zurückerhielt — oder auch nicht.

Es war eine Erziehung zum werktätigen Leben. Wer nach Wochenfrist pünktlich zurückzahlte, war ihrer weiteren Förderung sicher. Die Untauglichen sanken in die Schichte der Almosennehmer hinab, für welche die Frumet Wolf barmherzig sorgte.

Aber die Tauglichen, der wahrhaftigen „sozialen Fürsorge" Zugänglichen (der produktiven Fürsorge, die den Ghettojuden wohlbekannt war und von ihnen praktiziert wurde), rechtzeitig aufzurichten, die Lebenstüchtigen zu beglückender Selbständigkeit zu führen, erkannte die Babe Frumet als ihre höhere, heiligere Aufgabe.

Sie hat sie im Rahmen des damaligen Wirtschaftslebens vorbildlich erfüllt.

In den 26 Jahren der Witwenschaft wuchs sie zur Patriarchin von Eisenstadt.

Ihr Testament.

Ich dürfte solche allgemeine, leicht aus der Feder fließende gutklingende Leumundsnote nicht hierhersetzen, wäre ich nicht durch ein Schriftstück dazu legitimiert. Es stammt von ihrer Hand, ist ihr Testament, läßt in ihr Herz blicken und ist würdig, einem Frauenbrevier eingefügt zu werden.

Hier aus dem umfangreichen Dokument zunächst die Schlußsätze:

„Zum Abschiede sollte ich Euch, meine lieben Kinder, Lehren und Lebensregeln hinterlassen."

„Da Ihr aber alle erwachsen seyd, so kann ich Euch keine solchen geben, wie man sie unmündigen Kindern zu geben pflegt; ich werde mich daher auf einige zwar allgemeine, aber wichtige Lehren beschränken."

„Vornehmlich vermahne ich Euch zur Tugend und Gottesfurcht, ohne welche Ihr weder ganz glücklich auf Erden, noch Jenseits Ruhe und Belohnung finden werdet."

„Seyd mit Eurem Geschick und mit dem, was Ihr habt, zufrieden und richtet Eure Bedürfnisse nach Eurem Einkommen ein."

„Seyd friedfertig gegen jedermann und unter Euch selbst. Lasset ja verderblichen Familienzwist keinen Zugang zu Euch finden. Seyd vielmehr einig und unterstützt Euch gegenseitig mit Rath und That."

„Ihr müßt Euch näher und fester aneinander schließen. Ihr habt es nöthig und werdet es mehr als jemals nöthig haben, wenn der für Euch mehr als für mich traurige Fall eintritt, daß Eure Mutter aus Eurer Mitte entrissen wird und so — gleichsam der Mittelpunkt — seinem Kreis entschwindet."

„Lebet wohl und empfanget hiemit den Segen Eurer bis in den Tod treuen Mutter."

Geschrieben zu Eisenstadt von der Frumet Wolf in Gegenwart von fünf tauglichen Zeugen, am 8. September 1830, 19 Jahre vor ihrem Tode.

Eine Frau von großer Menschenkenntnis und großen Führereigenschaften lernen wir in dieser auch juristisch sehr bemerkenswerten letztwilligen Verfügung kennen.

Nicht alle Kinder hat sie gleichmäßig bedacht. Der Älteste wurde vor allen bevorzugt. Aber was hart und ungerecht erscheinen könnte, wird durch eine erklärende Klausel zur klugen, gerechten Maßnahme einer jüdischen Stammutter.

„. . . hierunter bemerke ich, daß er ein Schriftgelehrter ist, und daß eben, weil er sich dem Lernen gewidmet, er sich nicht zu sehr strapazieren können und Handel und Wandel überhaupt nicht sein Element zu sein scheint."

Die Frumet kannte das Leben. Oh, keinem ist über die Gasse zu trauen, auch den eigenen Kindern nicht!

Anordnungen der Mutter, eben noch wie ein Gebot des Himmels geheiligt, könnten vergessen sein oder mißachtet, kaum daß der Leichnam der reichen Erblasserin ausgekühlt ist.

Wer über seinen Tod hinauswirken will, wie es ihm Verantwortung, Treue und Erkenntnis auferlegt, der hat menschliche Schwäche und Selbstsucht ins Kalkül zu ziehen und darf sich durch Affenliebe zu den Kindern nicht beeinflussen lassen.

Die Patriarchin von Eisenstadt rechnet damit, daß die Erben in kindlicher Ehrfurcht ihren letzten Willen unverändert vollziehen werden — aber sie rechnet nicht allein damit:

„Wie aber, wenn Eure kindliche Liebe nicht länger als mein Leben dauerte? Euer Gehorsam mit mir zu Grabe ginge?"

In aller Ruhe und mit herrlicher Sicherheit hat die starke Frau in der Stunde, da sie vom Leben Abschied nahm, unumstößliche Rechtstitel formuliert, die sie dem Testament mit Nachdruck einverleibt und mit einer Schärfe zum Ausdruck bringt, welche ganz bestimmt auch damals ihre „Pasquill-Zettelech" auszeichnete.

Wenn man diese Stellen ihres Testaments liest und erfaßt, wächst diese Frauengestalt zur Führerin und Richterin.

Ein Bildner möge aus frei schaffender Phantasie, befruchtet durch die Lektüre der letzt-

willigen Verfügung, die Gestalt der Frumet Wolf in Marmor meißeln. Auf den Sockel setze man ihre Worte: „Ihr müßt Euch näher und fester aneinanderschließen."

„Ein Gang durch die jüdische Musik"

Von den Anfängen bis zur Gegenwart

Vortrag von Frau Alice Jacob-Loewenson, Berlin

Veranstaltet durch die Jesaias-Loge UOBB am 24. März 1931

Wenn jemand einen Gang durch die jüdische Musik ankündigte und ein buntes Durcheinander von Schallplatten und Klaviervorträgen brächte, die fast alle irgendeine, wenn schon unterschiedliche und oft recht lose Beziehung zum Judentum aufwiesen, dann hätte er eigentlich das erfüllt, was er versprochen hat. Dennoch wäre der Hörer enttäuscht; denn der Begriff der jüdischen Musik ist umstritten und sogar leidenschaftlich umstritten, er hat zahlreiche Beziehungen zu sehr lebendigen kulturpolitischen Fragen der Gegenwart, er wird von den verschiedensten Leuten bei den verschiedensten Gelegenheiten und mit den verschiedensten Absichten im Mund geführt und es ist infolgedessen vor allen Dingen wichtig, daß dargetan wird, was eigentlich unter jüdischer Musik zu verstehen sei. Dies hat Frau Jacob wohl auch empfunden und sie hat deshalb ihrem „Gang" einige theoretische Ausführungen vorangeschickt. Ich bedauere aber, gegen ihre Art der versuchten Begriffsumreißung grundsätzliche Bedenken geltend machen zu müssen.

Will einer das Wesen der jüdischen Musik einheitlich kennzeichnen, dann muß er sich vor allem darüber auslassen, auf welcher Ebene sich seine Kennzeichnung bewegen soll. Ich erinnere an den Vortrag, den Dr. Erich Feuchtwanger im vergangenen Winter im Jugendheim gehalten hat und in dem er eingehend untersucht hat, welches die gegebenen Methoden sind, eine einheitliche Psychologie der Juden aufzubauen. Gerade wie dort muß auch hier vor allem Klarheit über das Methodische geschaffen werden. In unserem Fall, bei der Untersuchung der Möglichkeit, von einheitlichen Zügen der jüdischen Musik zu sprechen, sind verschiedene Wege denkbar. Einmal kann man es für möglich halten, gewissermaßen vergleichend-anatomisch einzelne kennzeichnende Einzelheiten, die sich in allen ursprünglich jüdischen, das heißt bei Juden und nur bei diesen lebendigen Musikformen finden, aufzuzeigen; so könnte man nach typischen Tonsystemen, nach typischen Rhythmen, nach typischen Melodieformen und drgl. suchen. Frau Jacob hat im Anfang ihrer Ausführungen ihrer Meinung Ausdruck verliehen, es gäbe solche immer wiederkehrende Bestandteile. Sie nannte den Sprechgesang der Chasanuth, sehr enge Intervalle, die sich nicht unserem Halbtonsystem einfügen; all dies sei ein Ausdruck der religiösen Mystik. — Man kann zum anderen aber aus der, wie mir scheint, unabweisbaren Erkenntnis heraus, daß man solche zuverlässigen Charakteristika nicht in allen Erscheinungsformen der Musik der Juden nachweisen kann, resignierend sagen, jüdisch ist eine Musik dann, wenn sie von Juden gemacht wird. Dabei kann man stillschweigend unterstellen, daß aller in diesem Sinn jüdischen Musik ein unwägbares Etwas von gemeinsamem Ausdruck innewohne, das sie in einem tieferen Sinn als jüdisch erscheinen läßt, ein unwägbares Etwas, das man wohl erfühlen, aber nicht nachweisen kann. Dies ist eine Annahme, die man wohl machen, deren Richtigkeit man aber naturgemäß nicht beweisen kann; dadurch wird sie aber nicht schlechter, denn es ist ja in den sogenannten Geisteswissenschaften und in der Ästhetik besonders üblich, mit derartigen Annahmen zu arbeiten.

Die Auswahl dessen, was Frau Jacob in ihren Beispielen zeigte, war offensichtlich von dieser oben gekennzeichneten Vorstellung getragen, daß das jüdisch sei, was von Juden gemacht ist. Es fand sich z. B. kein Stück darunter, dessen Melodik nicht in unser Tonsystem gepaßt hätte, wiewohl gerade die eigenartige Tonleiter, die nicht unserer entspricht, das Kennzeichen besonderen Alters und besonderer Eigenart sein soll. Aus den Veröffentlichungen Idelsohns wissen wir, daß es derartige für uns anfangs „unrein" klingende Tonsysteme bei den orientalischen Juden wohl gibt. Daß es keine derartigen Schallplatten im Handel gibt (in wissenschaftlichen Archiven gibt es sie, siehe Idelsohn), ist bedauerlich, rechtfertigt aber nicht, daß bearbeitete, mit (doch gewiß „wohltemperierten") Orgelbegleitungen versehene liturgische Stücke als Muster dieser Urmusik geboten werden. Der Vergleich mit der gregorianischen Musik verdient, gerade weil er so oft gemacht wird, einmal mit treffenden Beispielen belegt zu werden. Die gebotenen Gesänge waren gerade solche, die, weil in einer unserem Dur ziemlich entsprechenden Tonart stehend, den vorher gespielten jüdischen Stücken gar nicht sehr ähnlich waren. Übrigens sei hier auf die Münchener schola gregoriana hingewiesen, die allsonntäglich zu hören ist, und deren Besuch tatsächlich den Eindruck erweckt, daß zwischen dem Choral und der vermuteten alt-jüdischen Musik gewisse Beziehungen bestehen könnten.

Es ist ein Ausdruck für den schlechten Publikumsgeschmack, daß Rundfunk und Schallplattenindustrie, denen beiden es doch sicher nicht auf die größeren oder geringeren Unkosten der Sendung oder Aufnahme ankommt, zuweilen statt der Originale Bearbeitungen bringen; sogar die verhältnismäßig leicht zugänglichen ostjüdischen Stücke werden in manchmal recht mäßigen Bearbeitungen gebracht; so z. B. ist es beinahe ein Unfug, Joel Engels Bühnenmusik zum Dybuk in der Jazz-Bearbeitung von Dajos Béla aufzunehmen. Mir wäre eine Klavierwiedergabe nach Engels Original erheblich lieber gewesen.

Die jüdischen Komponisten in der europäischen Musik können, soweit sie nicht mit jüdischer Thematik arbeiten, nur interessieren, wenn man jüdische Musik in dem zweiten, von mir angegebenen Sinne versteht. Mendelssohns Engelsterzett sollte die Ähnlichkeit von Lewandowskys „ki k'schimcha" mit der zeitgenössischen weltlichen Komposition zeigen. Das hat es aber nicht gezeigt, denn gerade dieses Lewandowskysche Stück ist ziemlich eigenartig. Die liturgische Musik des vorigen Jahrhunderts wurde als Assimilationserscheinung abgetan und dem eben genannten Komponisten wurde vorgeworfen, daß „er die Stagnation der jüdischen Musik geradezu auf dem Gewissen habe". Wenn man aber, wie das an anderer Stelle geschah, die jüdische Musik als Spiegel der jüdischen Geschichte bezeichnet, dann muß man sagen, daß die Synagogenmusik des 19. Jahrhunderts ein treffender Ausdruck der Entwicklung des Judentums zu dieser Zeit ist. Mag man diese — genau wie die Galuth — für erfreulich halten oder nicht — sie war, sie ist

Geschichte, und damit ist ihre Musik im selben Sinne jüdisch oder unjüdisch wie die lustigen S'miroth der deutschen und die seufzenden Weisen der russischen Juden, von denen auch niemand mit Sicherheit sagen kann, was an den einen deutsch und den andern russisch ist und was jüdisch.

Frau Jacob gab alsdann mit beträchtlichem Können noch einige Proben von Klavierstücken jüdischer moderner Musiker. Bei dem einen davon sagte sie: „Jüdisch daran ist die Behandlung der Melodie." Wie sagt Karl Valentin? „Leicht!

Die Frage nach dem Wesen der jüdischen Musik wird zumeist mit dem Wunsche gestellt, man möge ein einheitliches Merkmal für die jüdische Musik finden, d. h. man solle die wichtige Vorfrage: Gibt es eine jüdische Musik? mit Ja beantworten. Der Wunsch ist verständlich, aber er reicht nicht hin, eine wissenschaftlich nicht eindeutige Antwort zu rechtfertigen. Bei uns in Deutschland pflegt man gern als jüdisch das zu bezeichnen, was 1. eine sachliche Beziehung zu jüdischen Dingen (hebräischen Text) hat und 2. uns fremdartig anmutet. Was daran russisch, arabisch, spanisch u. drgl. ist, das können nur gründliche Kenner beurteilen; deren Arbeit kann dann vielleicht zur Auffindung gemeinsamer sehr alter, vielleicht urjüdischer Bestandteile führen. Ein Gang durch die jüdische Musik ist aber auch, abgesehen von dieser peinlichen Fachmannsarbeit, lobenswert, denn er zeigt eine Mannigfaltigkeit, die an sich fesselnd sein kann und aus der der eine oder andere etwas Gemeinsames herauszuhören vermag. Das Verdienst von Frau Jacob war, uns diesen Gang dargeboten zu haben; allerdings hätten wir uns reichere, treffendere und weniger bearbeitete Beispiele gewünscht. Die verbindenden Worte sollen, wenn sie nicht auf exakte Forschungsergebnisse aufbauen können, bei einem solchen Gang rein beschreibend sein und den Anschein vermeiden, daß sie ein Lösungsversuch der so überaus schwierigen Frage der jüdischen Musik sein wollen; gerade weil diese Frage gewisse kulturpolitische Konsequenzen hat, muß man sich davor hüten, sie mit leichter Hand lösen zu wollen. Es ist besser, verzichtend zu finden, wir können das Wesen der vermuteten jüdischen Musik nicht oder noch nicht angeben, als eine Lösung zu geben, die bei analytischer Betrachtung zeigt, daß der Wunsch der Vater des Gedankens ist. Dies gilt sowohl für einen wissenschaftlichen Vortrag wie für einen „populären". Das Publikum muß auch in geistigen Dingen verzichten lernen, um so mehr, als es ihm hier leichter fällt, als in anderen. Heinrich Lamm.

Personalia

Ludwig Rosenzweig

Allseitige Beliebtheit ist oft das Zeichen einer mehr verbindlichen als ausgeprägten Persönlichkeit. Wenn Herrn Kommerzienrat Ludwig Rosenzweig (Nürnberg) am 25. März 1931 zu seinem 70. Geburtstag, alle Gruppen der Nürnberger jüdischen Gemeinde — man kann sogar wohl sagen des bayerischen Judentums — ihre aufrichtige Sympathie und Verehrung ausgedrückt haben, so ist er sicherlich trotzdem nicht dem Verdacht ausgesetzt, dies einem zwar liebenswürdigen, aber farblosen Charakter zu verdanken. Im Gegenteil sind Festigkeit und Zielklarheit eine der Eigenschaften, die ihn besonders auszeichnen. Jeder, der mit ihm länger zusammenarbeitet, wird merken, daß es nicht leicht ist, den Vorsitzenden der jüdischen Gemeinde Nürnberg von einer Meinung abzubringen, die er sich nach reiflicher Überlegung gebildet hat. Das bedeutet nicht, daß er, einem bekannten deutschen Parteiführer folgend, die Meinung vertritt „stur" sein zu müssen — man kann ihn nicht leicht überreden, wohl aber überzeugen. Daß Herr Rosenzweig sich durch gute Gründe und durch die historische Entwicklung belehren läßt, beweist am besten seine Stellung zum Keren-Hajessod, den er — obwohl aus der alten jüdisch-liberalen Schule hervorgegangen — von Anfang an wirksam gefördert hat, besonders auch dadurch, daß er sich erfolgreich für die Bewilligung eines Betrages für den Keren-Hajessod durch die Israelitische Kultusgemeinde Nürnberg einsetzte. Als Vorsitzender dieser Gemeinde wie auch als Finanzreferent im Verband Bayerischer Israelitischen Gemeinden, dessen Rat er angehört, hat er stets eine vorbildliche Objektivität bewiesen, die wesentlich zu der guten Zusammenarbeit in der Verwaltung der Nürnberger jüdischen Gemeinde beigetragen hat.

In der Gemeindeverwaltung sind es besonders die Finanzen, die von ihm mit größter Sparsamkeit betreut werden. Nun ist bei einer jüdischen Gemeinde, für welche die Ausgaben nicht annähernd in dem Maße etwa wie in einer Stadtgemeinde zwangsläufig bestimmt sind, Sparsamkeit allein kein Verdienst, da sie einfach eine Folge geringer positiver Leistungen sein kann. Wirklich verdienstvoll ist eine sparsame Finanzwirtschaft nur dann, wenn trotzdem alle einer jüdischen Gemeinde obliegenden Aufgaben erfüllt werden. Man muß Herrn Rosenzweig Dank dafür wissen, daß er niemals geneigt war, unter einer fiskalischen Einstellung die soziale und kulturelle Betätigung der jüdischen Gemeinde in Nürnberg leiden zu lassen. In den zehn Jahren, in denen er der Vorstandschaft der jüdischen Gemeinde angehört — seit 1926 als deren 1. Vorsitzender und vorher als Stellvertreter des verstorbenen Geheimrats Dr. Sigmund Held —, ist auf diesen Gebieten Wichtiges geschehen und früher Versäumtes nachgeholt worden.

Die Fähigkeiten des Herrn Rosenzweig haben auch außerhalb des jüdischen Bereichs dadurch Anerkennung gefunden, daß er zum 1. Vorsitzenden seines Berufsverbandes gewählt wurde. Der Reichsverband Deutscher Juden, wenn er erst einmal gegründet ist, wird sich gewiß nicht die Gelegenheit entgehen lassen, diese hervorragende Arbeitskraft in seinen Dienst zu stellen. Daß Herr Kommerzienrat Rosenzweig, dem man seine siebzig Jahre kaum glauben möchte, noch lange zu seiner Arbeit imstande sein wird, darf man bei seiner außergewöhnlichen körperlichen und geistigen Frische erwarten.

Wir wünschen dem verehrten Vorsitzenden der Jüdischen Kultusgemeinde Nürnberg von Herzen Glück und weiteren Erfolg. Dr. M. Nußbaum.

*

Zionistische Ortsgruppe Nürnberg

Wir haben innerhalb kurzer Zeit besonders tragische Todesfälle zu beklagen. Frau Rosl Löb, die Gattin unseres bewährten Freundes Dr. Albert Löb, und Dr. Agulnik, sind beide in jugendlichem Alter allzu früh aus unserer Mitte gerissen worden. Frau Dr. Löb hat in bescheidener Weise niemals nach außen hervorzutreten gesucht, war aber stets zur Hilfe in unserer Arbeit be-

reit und hat im Stillen für unsere Sache gewirkt und geworben, insbesondere für den KKL. Diejenigen, die dieser feinsinnigen, künstlerisch begabten, anmutigen und warmherzigen, echt weiblichen Persönlichkeit nähertreten durften, können ermessen, welcher Verlust dem schwergeprüften Gatten und den zwei kleinen Söhnen, darüber hinaus aber unserem ganzen Kreise entstanden ist.

Auch Herr Dr. Agulnik war ein treuer Freund unserer Sache, leider lange Zeit durch Krankheit gehindert in dem Umfange für uns zu arbeiten, wie es seiner tätigen Natur entsprach. Unser kleiner Kreis von Aktiven wird ihn schmerzlich vermissen.

Gemeinden- und Vereins-Echo

Schekelaktion 5691. Der XVII. Zionistenkongreß findet erst in der zweiten Hälfte des Monats Juni statt. Es ist deshalb noch Gelegenheit, auch weiter Schekolim zu verkaufen. Nach dem bisherigen Schekelergebnis stehen uns 9 Mandate zu, für das 10. Mandat fehlen uns noch 3000 Schekolim, deshalb werbt für den

Schekel!

Die Münchener Gruppe der Zionisten-Revisionisten bittet um Aufnahme der folgenden Ergänzung zu dem Bericht von dem am 4. März veranstalten Vortrag mit Dr. Harry.

Der Vortragende behandelte in temperamentvoller und eindringlicher Weise die Mißstände in Palästina, soweit sie durch verfehlte Wirtschaftspolitik der bisherigen zionistischen Leitung verursacht waren. Seine Ausführungen über die Lage im Emek insbesondere, waren vielen hiesigen Zionisten neu und sollten den Zuhörern über die bisher gemachten Mißgriffe die Augen öffnen. Auch die Finanzpolitik der Zionistischen Organisation fand in dem Referenten einen scharfen Kritiker und keiner der Anwesenden konnte sich ernstlich der Tatsache verschließen, daß hier eine grundlegende Umkehr notwendig ist. Die Darlegungen des Redners bewegten sich dem Thema entsprechend — schon im Hinblick auf die knappe zur Verfügung stehende Zeit — hauptsächlich im kritischen Rahmen, was von einigen Diskussionsrednern wohl zu Unrecht beanstandet wurde. Immerhin ist es interessant, festzustellen, daß die beiden hauptsächlichsten Diskussionsredner sich wiederholt mit den wesentlichsten Punkten der revisionistischen Kritik einig erklärten. Wir glauben, daß dieser im internen Kreise veranstaltete Abend gerade infolge der rücksichtslosen Offenheit, mit der unsere brennendsten Probleme behandelt wurden, sowohl für uns als auch für die Zionisten, die den Weg zu uns noch nicht gefunden haben, aufschlußreich und wertvoll war.

Hebräische Sprachkurse, München. Am 25. März beginnen die Ferien für die Kinderkurse. Wiederbeginn des Unterrichts am Dienstag, dem 21. April. Am 15. April ist Schluß des Wintersemesters und Beginn des Sommersemesters. In sämtlichen bestehenden Kursen werden neue Schüler aufgenommen. Außerdem beginnt ein Anfängerkurs. Vorherige Anmeldung erforderlich, im Unterrichtslokal, Herzog-Rudolf-Straße 1. Tel. 2 97 4 49.

Jüdisches Kammerorchester München. Laut Beschluß der ao. Mitgliederversammlung am 25. März 1931 werden die Übungsabende des Orchesters künftighin bis auf weiteres nicht mehr Mittwochs sondern Montags statfinden und zwar um 20.15 Uhr pünktlich beginnend im Lessingsaal, Herzog-Rudolf-Straße 1, Rgb., Erdgeschoß. Der nächste Übungsabend findet nach den Osterferien am Montag, dem 13. April 1931, um 20.15 Uhr pünktlich im Lessingsaal statt. Hierzu werden tüchtige Streicher und Bläser, die in das Orchester neu eintreten wollen, eingeladen. I. A.: Lamm.

Zionistische Ortsgruppe Nürnberg-Fürth. Am Donnerstag, dem 20. März, veranstalteten wir für die Mitglieder unserer Ortsgruppe einen literarischen Abend. Die Herren J. Fisch, Dr. Th. Katz und Schalom Schapira, die in jiddischer, deutscher und hebräischer Sprache rezitierten, verstanden es durch die Art ihres Vortrages und die Wahl ihres Programms den Abend äußerst genußreich zu gestalten. Ihnen allen sei an dieser Stelle nochmals gedankt.

*

Herr Löwy berichtigt

Von Herrn Josef Löwy, München, erhalten wir folgenden Brief:

„Sehr geehrter Herr Redakteur!

Ich bitte um Veröffentlichung der folgenden Richtigstelllung, und hoffe ich, daß es mir erspart bleiben wird, das Pressegesetz in Anspruch nehmen zu müssen.

1. Es ist nicht wahr, daß ich von Schalom Asch bloß als Lyriker und Romantiker sprach.
2. Es ist nicht wahr, daß ich die „Sintflut“ nicht erwähnte.

Vielmehr sagte ich ausdrücklich, daß der Dichter Asch nicht stehen blieb, sondern vom Städtchen zur Großstadt überging und seine großen epischen Werke schuf und habe ich ausdrücklich u. a. „Warschau, Moskau und Petersburg“ genannt, was von Ihnen unmöglich überhört werden durfte. Also sind die Werke, die unter dem Sammelnamen „Sintflut“ bekannt sind, von mir ausdrücklich gewürdigt worden.

Auf die weiteren Ausführungen Ihrer „Kritik“ einzugehen, halte ich für unwichtig.

Hochachtungsvoll

München, den 23. März 1931. Josef Löwy.

Obwohl wir in unserer letzten Nummer bereits den Schluß dieser Debatte angekündigt hatten und obwohl wir auch unter Berufung auf das Preßgesetz zur Aufnahme der Einsendung des Herrn Löwy in der vorliegenden Form nicht gezwungen werden können, wollen wir sie unseren Lesern nicht vorenthalten. Wir müssen jedoch feststellen, daß die Diskussion sich im Kreise bewegt. Unser Referent hat nicht behauptet, Herr Löwy habe Schalom Asch bloß als Lyriker und Romantiker bezeichnet. Herr Löwy berichtigt daher zum Teil, was gar nicht behauptet wurde. Es ist unbestreitbar, daß Herr Löwy Asch seinem Wesen und seiner bedeutsamsten Leistung nach für einen Lyriker und Romantiker hält. Daher kommt es auch, daß Löwy z. B. die „Sintflut“ als solche jedenfalls nicht ausdrücklich und keineswegs genügend würdigte; er hat die hiehergehörigen Romane vielleicht genannt, ohne jedoch irgendwelchen Nachdruck darauf zu legen. Dagegen wendet sich die m. E. voll und ganz gerechtfertigte Kritik unseres Referenten. Wir wollen zugeben, daß gegensätzliche Auffassungen möglich sind — unser Referent kann nur die seinigen nach bestem Gewissen vertreten und man sollte endlich aufhören an ihm und seiner durchaus verantwortungsbewußten, sachlichen Kritik herumzumäkeln.

Die Redaktion des „Jüdischen Echo“.

„Hazefira" erscheint wieder

Man schreibt uns:

Am 15. März l. J. begann in Warschau die im Jahre 1862 begründete hebräische Tageszeitung „Hazefira" wieder zu erscheinen.

Der Leitung ist es gelungen, sämtliche namhaften hebräischen Schriftsteller als Mitarbeiter zu gewinnen. Ein weitausgebreitetes Korrespondentennetz in allen europäischen und außereuropäischen Zentren wird das Blatt mit Originalkorrespondenzen und reichhaltigem Informationsmaterial versehen.

Indem wir dies allen Freunden der hebräischen Literatur und Presse zur Kenntnis bringen, ersuchen wir Sie um Förderung unseres Blattes durch Werbung von Abonnenten.

Abonnementspreis: Pro Monat $ 1.25.

Adresse: „Hazefira", Warszawa, Leszno 54.

Aus dem Münchener Bar-Kochba

Jüdischer Turn- und Sportverein Bar-Kochba. Es ist notwendig, wiederholt darauf hinzuweisen, daß kein Mitglied einen Versicherungsschutz genießt, das mit seinen Beiträgen und Versicherungsbeiträgen im Rückstand ist. Es ist mit dem Beitrag wieder ein Betrag von 50 Rpf. für Versicherung erstes Halbjahr 1931 zu bezahlen. Wir werden obige Anordnung rücksichtslos durchführen, denn die Nachlässigkeit im Bezahlen der Beiträge ist wieder derart groß, daß wir zu diesem Mittel greifen müssen. Wer zu Schaden kommt, hat es sich selbst zuzuschreiben.

Die Beiträge sind unverändert:
Jugendliche bis 16 Jahre pro Monat 30 Rpf.
Kinderturnabteilung 50 Rpf.
Jugendliche von 17 Jahren ab 1 RM.
Alle übrigen, aktiv und passiv 1.50 RM.

Wir bitten dringend um Bezahlung der Rückstände, wobei wir wiederholt auf unser Postscheckkonto 8294 hinweisen.

Bar-Kochba, München. Montag, den 13. April, abends 8.15 Uhr, findet der zweite Heimabend im Lessingsaal, Herzog-Rudolf-Straße 1, statt. Es spricht Leo Fleischer über „Makkabiweltverband und Makkabiade"; anschließend gemütliches Beisammensein. Sämtliche Mitglieder werden aufgefordert bestimmt und pünktlich zu erscheinen.

Fußballabteilung Bar-Kochba, München. Am Montag, dem 23. März 1931, fand die erste Generalversammlung der neugegründeten Fußballabteilung Bar-Kochba statt, die, wenn auch der Besuch noch nicht ganz zufriedenstellend war, einen sehr guten Verlauf nahm und sehr großes Interesse für die Abteilung zeigte. Die Vorstandschaft, die sich wie folgt zusammensetzt: Vorsitzender: Max Landmann, Kassier: Willy Weißmann, Schriftführer: Alfons Landmann, Techn. Leiter: Leopold Kupfer, Ball- und Zeugwart: Wilhelm Lewy, Jugendleiter: Max Kalter, wird alles daran setzen, um die bereits aus etwa 20 Mitgliedern bestehende Abteilung weiterhin zu verstärken und den Jüdischen Turn- und Sportverein Bar-Kochba nach außen hin zu repräsentieren.

Trainingszeiten: Mittwoch 8 bis 10 Uhr Hallentraining in der Turnhalle des Sport-Vereins Sendling. Sonntag vormittag 9 Uhr Säbener-Platz. Jeden ersten Montag im Monat findet im Jüdischen Jugendheim (Lessingsaal) kategorisch punkt 8.30 Uhr Monatsversammlung statt. Nächste Versammlung 13. April, wo sich alle Interessenten und Mitglieder einfinden sollen. Anmeldungen und Zuschriften an den Schriftführer: Alfons Landmann, Auenstraße 13/I l. Tel. 23 3 59.

Vorstandschaft.

Leichtathletik und Handball. Nachdem die Bodenverhältnisse auf den Sportplätzen bessere geworden sind, wird nun mit dem Rasentraining auf dem Säbener-Platz begonnen. Das Hallentraining findet jeden Mittwoch abends von 8—10 Uhr in der Halle des Sportvereins Sendling, Plinganserstraße, statt. Wir ersuchen sämtliche Aktiven, unbedingt die angesetzten Trainingsstunden auszunützen. — Die 1. Handballmannschaft wird am Sonntag, 19. April, ein Wettspiel gegen Post II austragen. Die Handballspieler müssen diesen Tag unbedingt freihalten.

Tischtennis. Ab 1. April wird nicht mehr im jüdischen Jugendheim gespielt. Neues Lokal wird noch bekanntgegeben. Es tritt nun künftig folgende Regelung ein: Spieltage sind Dienstag und Donnerstag. Für Jugendliche unter 16 Jahren wird noch ein Spielnachmittag angesetzt.

Bar-Kochba, München. Damen-, Mädchen und Kinderabteilung. Die nächsten Turnstunden in sämtlichen Abteilungen fallen wegen der Osterferien aus. Wiederbeginn der Damen- und Mädchenabteilung: Montag, den 20. April; der Kinderabteilung: Mittwoch, den 22. April.

Keren Kajemeth Lejisrael

Jüdischer Nationalfonds

Postscheck-Konto München 10442, Nürnberg 24565
Fernsprecher München 297449, Nürnberg 21912

Zentrale für Deutschland, Berlin W 15
Meinekestraße 10

Münchener Spendenausweis Nr. 23
vom 17. bis 26. März 1931

Purimaktion. Gesammelt durch Frau J.-R. Dr. Fraenkel: Hermann Tietz 10.—.

Durch Lieselotte Rut Kahn: OLGR. Dr. Alfred Neumeyer 5.—.

Gesammelt durch Frl. Erna Davidson: Karl Adler 10.—; Ing. Sandbank 3.—; Dr. L. Berger 2.—;

Ludwig Davidson 3.—; N. N. 1.50; H. Katzenel 1.—; Frl. Ida Gutmann 1.—; S. Gostinsky —.50 = 22.—.

Gesammelt durch Frl. Ilse Stark: Dr. S. Nathan 3.—; D. Levite 1.—; N. N. 1.—; Dr. Bettsack 1.—; N. N. 1.— = 7.— = 44.—.

Spendenbuch: N. N. anläßlich ihrer Silberhochzeit 20.—.

Otto Hirsch s. A. Garten: Max und Bärbel Hirsch anläßl. des Todestages ihres unvergeßlichen Sohnes Otto 2 Bäume 12.—.

Goldenes Buch Hannah Debora Feuer: Familie David Horn dankt allen Freunden und Bekannten für erwiesene Aufmerksamkeiten 5.—.

Allgemeine Spenden: Erich und Karola Lorch, Jerusalem, grat. Fritz Bloch und Anna Großwirth herzlich zur Verlobung 4.—.

Spende des verewigten Herrn Hauptlehrer Strauß, Uffenheim 3.—.

Goldenes Buch ZOG. München: Einige KJVer grat. Herrn Dr. Emrich zu seiner Wahl als 2. Vorsitzender. Möge seine Tätigkeit unter einem güstigen Stern stehen! 3.—.

Büchsen: geleert durch Hans Weiß: Benno Friedmann 3.50; Arnold Kohn 3.53; Dr. Erich Kretschmer 3.23 = 10.26.

Geleert durch Hermann Schröder: Leo Greif 3.—; L. Spielmann —.30 = 3.30.

Geleert durch Herrn Siegfried Engelberg: M. Lieber 5.—; S. Fleischer 1.38 = 6.38.

Geleert durch Albrecht Fröhlich: Mendle Lehmann 6.25; David Horn 1.50; Jul. Fröglich 2.—; Geschw. Strauß 1.—; Hernst-Brückner 1.— = 11.75.

Geleert durch Frl. Anna Davidson: M. Minikes 2.50; M. Rosenfeld 1.71 = 4.21.

Geleert durch Erna Mendler: G. Nathan 1.10; M. Tenzer 1.23; Frau Schindel 1.—; J. Brunnengraber 1.20; N. Amper 1.87; N. Sturm 1.60; Ch. Mendler 1.35; B. Schapira 1.—; Oskar Wainschel 2.07; Hermann Tabak 2.03; Jak. Landmann 1.16; N. Tuchmann —.90; J. Pleß —.20 = 16.71.

Geleert durch Irene Schulz: Frau Dina Wassermann 8.12; Hans L. Schulz 7.—; Dr. J. Ettinger 1.35; A. Turnheim 1.40; Arch. M. Neumann 2.09; H. Kulakowsky 2.—; Leopold Kahn —.82 = 22.78 = 75.39.

Material: Elly Schwarz: 1 N.-F.-Tel. 1.—; David Horn 1 N.-F.-Tel. 1.—; Gesamtausschuß der Ostjuden: 1 N.-F.-Tel. 1.— = 3.—. Summa: 169.39 RM.

Gesamtsumme seit 1. Okt. 1930: 3926.29 RM.

Spendenausweis des Nürnberger Büros
vom 15. März 1931

Spendenbuch: Herr und Frau Dr. Ernst Müller anl. der Geburt ihres Sohnes 20.—; Fa. Schuhhaus Schreiber anl. 25jähr. Geschäftsjubiläum 5.—.

Allgem. Spenden: Überschuß aus einer Purimfeier des Brith Haolim 7.50; Moritz Bein, Märzbeitrag 3.—; Josef Baruch 2.—.

Bäume für Dr. J. Bamberger Garten: es gratulieren Fam. Dr. Bamberger herzlich zum frohen Fest. 2. Ausweis. Dr. A. Singer u. Frau 3.—; Dr. E. Thalmann u. Frau 3.—; Dr. M. Oppenheimer u. Frau 3.—; Dr. Th. Katz u. Frau 2.—; Frau Eva Uhlfelder 2.—.

Bäume für Balfour-Wald: es sprechen Claire Königshöfer das herzlichste Beileid aus:

Leo Wißmann 1.—; Lotte Fuchs 1.—; Paula Altmann 1.—; Schalom Schapira 1.—; Sarah Joel —.50; Bernhard Fleischmann —.50.

Für Rosl Löb s. A. Garten: Anläßlich des Hinscheidens von Frau Dr. Löb s. A. gründen die Freunde einen Garten in Palästina und sprechen der Familie das herzlichste Beileid aus. Es spenden: I. Ausweis: Dr. Dankwerth u. Frau, Dir. Georg Spiro (Augsburg), R.-A. Ernst Feilchenfeld und Frau, Dr. H. Geßner und Frau, Frau Dr. Grünbaum, Dr. Kronacher und Frau, Heinr. Leiter und Frau, Dr. Max Lorch und Frau, Oskar Rosenfelder und Frau, Karl Halle und Frau, Dir. Max Landenberger und Frau, Fritz Stern und Frau, Fam. Dr. M. Nußbaum und Dr. R. Liebstaedter je 1 Baum = 13 Bäume 78.—.

Dr. Th. Katz und Frau, Albert Salzer, Frau Anna Löwengart, Dr. Singer und Frau, Siegfried Kahn und Frau, Dr. Thalmann und Frau, Hans Wolf-Veith, Dr. W. Strauß-Reich u. Frau, Dr. S. Guggenheimer u. Frau je einen halben Baum = 4½ Bäume 27.—.

Dr. Martin Levin und Frau 2.—.

Wertzeichen: Hch. Engel 1 Tel. —.50; Osk. Rosenfelder 1 Tel. —.50; Schalom Schapira 1 Tel. —.50; Heinz Ellern 1 Tel. —.50; Frau Dr. Landauer 3 Tel. 1.50.

Büchsen: Aus Altenmuhr (Frau Flick 3.35; Frau Fleischmann 2.70) 6.05. Dr. Albert Löb 15.—; Martin Klein 8.50; 8 Büchsen unter 3 M. = 9.67 = 33.17.

Imi-Tasche: Lotte Fuchs 1.59. Summa: 206.81.

Seit 1. Okt. 1930 aufgebracht 3177 RM.

Verantwortlich für die Redaktion: Dr. Ignaz Emrich, Diplomvolkswirt, München, für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München.
Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, Pilgersheimerstraße 64, München.